:antifaschistische nachrichten

Nr. 5

g 3336 28.2.2002 18. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

Nazi-Aufmarsch zum Bundesamt für Verfassungsschutz am 9.3.

KÖLN. Die „Bürgerbewegung Pro Köln" um den Neofaschisten Manfred Rouhs hat für den 9. März in Köln-Chorweiler eine Demonstration gegen den Verfassungsschutz angemeldet. Dort hat das Bundesamt für Verfassungsschutz seinen Sitz. Zu der Demonstration in Köln mobilisieren Neonazis aus ganz Deutschland, darunter auch Christian Worch, vom „Aktionsbüro Norddeutschland". „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit!" lautet das Motto von Pro Köln für diese Demonstration. Der Verfassungsschutz stecke hinter den Gewalttaten und Anschlägen aus der rechten Szene, um so die Möglichkeit zu haben, rechte Parteien genau wegen dieser Gewalttaten verbieten zu können. Das ist so verlogen wie falsch. Neonazis haben in den letzten Jahren tausende rassistischer Gewaltaten bis hin zum Mord verübt. Dies sind die Auswirkungen rechter Ideologie, wie sie auch Pro Köln vertritt. Die Rolle des Verfassungsschutzes dabei ist eine andere Geschichte. Der hat inzwischen Strafanzeige gegen Rouhs gestellt wegen Verleumdung, übler Nachrede und Beleidigung, weil Rouhs auf seiner Internetseite behauptet, der „Verfassungsschutz hat die KZ-Gedenkstätte Kemna überfallen". Das Bundesamt bestreitet jegliche Beteilgung an dieser Straftat.

Viele im Bündnis gegen den Naziaufmarsch sind auch der Meinung, der Verfassungsschutz gehört aufgelöst. Das hindert aber nicht daran, der Provokation eines Aufmarsches von Neonazis in einem der multikulturellsten Stadtteile Kölns entgegenzutreten. Dazu gibt es eine Gegenkundgebung am 9.3. ab 14.30 Uhr, Pariser Platz, Chorweiler. *u.b.*■

Aus dem Inhalt:



Bushs Kampf gegen das Böse, Schilys Antiterrorpakete – die Jecken des Kölner Geisterzugs fanden in diesem Jahr genügend Anregungen im realen täglichen Horror.

V-Männer auch bei den Reps?

Machtkampf im Südwest-Landesverband der braunen Biedermänner

Hat der Verfassungsschutz auch bei den rechtsradikalen Republikanern V-Männer in den oberen Führungsetagen eingeschleust? Entsprechende Vorwürfe wurden jetzt gegen Christian Käs laut, bis Anfang Februar Landesvorsitzender der Reps in Baden-Württemberg.

Die Vorwürfe basieren auf zwei Briefen, die am 13. Februar in den „Stuttgarter Nachrichten" zitiert worden sind. Ihnen zufolge soll Käs Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sein. Der eine stammt von dem früheren Rep-Landtagsabgeordneten Wolfram Krisch, datiert auf den 22. Januar. In dem anderen, anonym verfassten Schreiben werden neben Käs sechs weitere, einflussreiche Parteimitglieder aus Baden-Württemberg, Bayern und Hessen namentlich genannt, die als Verdeckte Ermittler tätig sein sollen. Fazit des Briefes: „Auch Republikaner total unterwandert".

Das Stuttgarter Innenministerium lehnte eine Stellungnahme ab. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz, das die braunen Biedermänner seit 1992 beobachtet, berief sich auf seine verfassungsrechtlich gebotene „Schutz- und Fürsorgepflicht" gegenüber V-Leuten und wollte die kursierenden Gerüchte weder dementieren noch bestätigen. Die „Treibjagd auf vermeintliche V-Männer" müsse beendet werden, forderte Vizepräsident Hans-Jürgen Doll gegenüber der Presse. Offensichtlich lasse sich die Presse für parteiinterne Machtkämpfe der Reps instrumentalisieren, zeigte sich Doll über das Medienecho, dass einige Briefe von Rep-Funktionären ausgelöst hätten, verwundert.

Keineswegs verwunderlich wäre indessen, wenn an den Gerüchten etwas dran wäre. Schließlich hat der staatliche Schnüffeldienst auch bei der NPD eifrig V-Leute eingesetzt, die nicht nur Mitläufer waren, sondern ganze Landesverbände geleitet haben. Warum also nicht auch bei den Reps? Die Forderung nach Offenlegung der verdeckten Ermittlungstätigkeiten der Geheimdienste, die sich bekanntlich nicht nur gegen Rechtsradikale, sondern auch gegen Organisationen wie die VVN-BdA oder die PDS richten, ist inzwischen lauter geworden.

Fortsetzung Seite 2

Knopp beim „Tag der Heimat"

BERLIN. Die Abschlussrede auf der Festveranstaltung des „Bund der Vertriebenen" (BDV) zum sog. „Tag der Heimat" am 1. September in Berlin wird in diesem Jahr der Leiter der „Redaktion Zeitgeschichte" beim ZDF, Guido Knopp, halten. Knopps unlängst ausgestrahlte Filmreihe mit dem Titel „Die große Flucht" war in der „Vertriebenen"-Presse überwiegend positiv aufgenommen worden. „Man könne heute ohne ideologische Scheuklappen an das Thema herangehen", hatte Knopp die Filmreihe kommentiert. „Unterschwellig gab es ja ein Grundgefühl, dort, wo der Krieg entfesselt wurde, zieme es sich nicht an eigene Opfer zu erinnern", so Knopp. Nun soll Knopp „aus der Warte des Historikers mit seinem Beitrag den „Tag der Heimat" beschließen", begründet der BDV seine Entscheidung. Hauptredner der Veranstaltung in der Komischen Oper Berlins wird der Präsident der Republik Ungarn, Ferenc Madl, sein. Ungarn sei eines der ersten Länder des Ostens die sich um „Wiedergutmachung" an der „deutschen Volksgruppe" bemühten, heißt es in der Begründung. *hma* ■

Führungswechsel

PRIEN. Die von dem früheren Schriftleiter des österreichischen Hauptblattes der NSDAP und Volontär des „Völkischen Beobachters", Kurt Ziesel, gegründete „Deutschland-Stiftung e.V." hat einen neuen Vorstand.

Zum neuen Vorstandsvorsitzenden wurde der ehemalige medienpolitische Sprecher der CDU und frühere Intendant der „Deutschen Welle", Prof. Dieter Weirich, gewählt. Der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete trat in der Vergangenheit u.a. als Lobredner beim „Verein für das Deutschtum im Ausland" (VDA), als Interviewpartner des „Ostpreußenblattes" und als Teilnehmer bei einer Tagung des „Arbeitskreis Christlicher Publizisten" (ACP) auf. Weitere Vorstandsmitglieder sind u.a. Adelbert Reif, bislang Vorsitzender, Prof. Wolfgang Bergsdorf, Mitherausgeber des „Rheinischen Merkur", Barbara Stamm (CSU-MdL), ehemals bayerische Staatsministerin, Konsul Peter Merck, Gesellschafter der Merck KgaA und Hans-Joachim Schmitt, Redakteur aus Darmstadt.

Das Ehrenpräsidium des Vereins repräsentieren der CDU-Ministerpräsident Bernhard Vogel und die Professoren Gertrud Höhler und Rupert Scholz. Noch in der Dezember-Ausgabe des Vereinsorgans „Deutschland Magazin" wurde u.a. für die Zeitschriften „Criticon", „Deutsche Militärzeitschrift", „Kameraden" und Herbert Fleissners „Buchverlage Langen Müller Herbig" geworben. In der Februar-Ausgabe des Blattes spricht sich die Psychagogin und „Lebenschützerin" Christa Meves in einem Beitrag u.a. dafür aus, in den Schulen „jene Kinder zunächst getrennt zu unterrichten, die zu Hause nicht deutsch sprechen". Es sei eine „fast masochistische Benachteiligung der einheimischen Kinder, sie mit fremdsprachigen Kindern in einen einzigen Klassentopf zu werfen". „Auch die Idee", wieder „Mädchenschulen anzubieten" sei „ein Neubeginn", so die Meves. „Dort könnten Mädchen ihrer Wesensart entsprechend durch stärkere Betonung der musischen Fächer mehr Freude am Frausein entwickeln und würden sogar häufiger Naturwissenschaften studieren". *hma* ■

CD erinnert an Sinti und Roma

BONN. Die „Bundeszentrale für politische Bildung" in Bonn bietet eine CD-ROM mit dem Titel „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma" an. Die im vorletzten Jahr vom „Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma" in Heidelberg herausgegebene CD informiert in zahlreichen Bild-, Ton- und Textdokumenten über die Verfolgung der Sinti und Roma. Eine etwa 20-minütige Film-Collage bietet dem Benutzer einen übersichtlichen Einstieg in die Thematik. Auf zahlreichen Karten wird über die einzelnen von der deutschen Wehrmacht besetzten Länder berichtet. Eine tabellarische Chronologie der Verfolgung von Sinti und Roma und ein Lexikon mit Erklärungen zu zahlreichen zentralen Begriffen aus der Ideologie des Nationalsozialismus runden das Werk ab. *hma* ■

Rassismus in der Schweiz

SCHWEIZ/ZÜRICH. Die „Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz" und die „Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus" haben die Ausgabe 2001 ihrer Buchreihe „Rassistische Vorfälle in der Schweiz" vorgelegt.

Die von Dezember 1998 bis September 2001 geführte Chronologie gibt einen Überblick über die zahlreichen, bekanntgewordenen rassistischen Übergriffe und Anfeindungen in der Schweiz durch Einzelpersonen, Gruppen und Parteien. Kritisiert wird in dem Buch auch die gängige Einbürgerungspraxis in der Schweiz. So wird dokumentiert, in welchen Schweizer Gemeinden Einbürgerungsgesuche von den Gemeindeversammlungen abgelehnt wurden. So erfüllten zwar 600 000 der 1,4 Millionen in der Schweiz lebenden AusländerInnen die formalen Voraussetzungen um die Schweizer Staatsbürgerschaft zu erwerben, in der Realität jedoch sind z.B. 1999 nur 20 400 Menschen eingebürgert worden. Erhältlich ist das Buch, das auch über die verschiedenen neofaschistischen Akteure, Gruppen und Parteien informiert, zum Preis von SFr 14,50 inkl. Porto bei der „Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus" (GRA), Schweizergasse 6 in CH-8023 Zürich. *hma* ■



… in der mitte angekommen

Über den „Rechtsextremismus und gesellschaftliche Gegenaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern" berichtet die 80seitige Broschüre des „argumente.netzwerk antirassistische bildung e.v.". In der Broschüre wird umfangreich über die Situation der MigrantInnen in diesem Bundesland, die Probleme der dortigen Jugendarbeit, die vielfältigen Aktivitäten gegen Rechts und die neofaschistische Szene des Landes informiert.

Leider beschränkt sich letzterer Teil vorwiegend auf NPD, „Freie Kameradschaften" und rechte Skinheads, die sicherlich eine beachtlichen Stellenwert inne haben, aber eben auch nicht die gesamte Bandbreite des rechten Spektrums darstellen. Eine insgesamt sehr wichtige und gut gemachte Broschüre, wenn es auch schade ist, dass die Grauzone zwischen Konservatismus und Neofaschismus weitgehend fehlt und der Adressenteil nicht das gesamte Spektrum der antifaschistischen Bewegung widerspiegelt.

Erhältlich ist die Broschüre für 3 Euro bei rat-reihe antifaschistischer texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46 in 20357 Hamburg.

hma ■

V-Mann verantwortet NPD-Plakat gegen Holocaust-Mahnmal

BERLIN. Ein vom Berliner Landgericht im Oktober 2001 verbotenes antisemitisches NPD-Wahlkampfplakat mit dem Spruch „Den Holocaust hat es nie gegeben", ist unter presserechtlicher Verantwortung des damals noch aktiven V-Manns des Bundesamtes für Verfassungsschutz Udo Holtmann veröffentlicht worden. Es wird u. a. in der aktuellen Holocaust-Ausstellung des Deutschen Historischen Museums als Beleg für antisemitische Entwicklungen in der Bundesrepublik angeführt

Es ist ein politischer Skandal, dass eines der dreistesten antisemitischen Plakate der letzten Jahre ausgerechnet von einem V-Mann des Verfassungsschutzes presserechtlich verantwortet wurde, so der PDS-Abgeordnete Carsten Hübner: „Während sich Bundestag, demokratische Initiativen und Öffentlichkeit für den Bau des Holocaust-Mahnmals einsetzten, plakatiert V-Mann Holtmann ein Poster unter dem Motto: „Den Holocaust hat es nie gegeben". Völlig unklar ist, ob auch Gelder aus Holtmanns V-Mann-Gage in die Produktion des Plakats eingeflossen sind.

Holtmann wurde nach dieser Aktion nicht etwa abgeschaltet, sondern blieb bis zu seiner öffentlichen Enttarnung im Januar diesen Jahres V-Mann des Verfassungsschutzes. Damit wird die Behauptung des Bundesamtes, man beende die Zusammenarbeit mit V-Leuten, sobald sie z.B. direkt für aggressive antisemitische Propaganda verantwortlich sind, Lügen gestraft. Zu klären ist deshalb auch, ob der Verfassungsschutz vorab Kenntnis von der NPD-Kampagne erhalten hat und warum er nicht reagiert hat.

Die verantwortungslose Verwendung von hochrangigen NPD-Funktionären als V-Männer gefährdet aber nicht nur das NPD-Verbotsverfahren. Auch Ausstellungen und Publikationen, die über Entwicklungen und Gefahren des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik aufklären, geraten dadurch ins Schlapphut-Zwielicht. Wie soll man es Ausstellungsbesuchern, insbesondere aus dem Ausland, erklären, dass ausgestellte rechtsextreme Exponate unter federführender Beteiligung von V-Leuten des Verfassungsschutzes entstanden sind?"

PM Carsten Hübner, MdB PDS ■



Fortsetzung von Seite 1

Rep-Funktionär Käs selbst bestritt auf einer Pressekonferenz die Vorwürfe. Er habe zu keiner Zeit für den Verfassungsschutz gearbeitet. Jeder, der dies behaupte, könne mit einer Strafanzeige rechnen, sagte der 41-jährige Anwalt. Käs sieht die Vorwürfe als eine „Vernichtungskampagne" gegen seine Person, die von Anhängern des Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer angezettelt worden sei. Mit „Halbwahrheiten, Verlogenheiten bis hin zu kriminellem Vorgehen" versuchten „Schlierers Kläffer und willfährige Helfer" ihn zu diskreditieren, sagte Käs.

Hintergrund ist ein seit Jahren andauernder innerparteilicher Machtkampf. Während sich Parteichef Schlierer gern als „rechtskonservativ" gibt, vom „rechten Narrensaum" abzugrenzen versucht und bei der baden-württembergischen Landtagswahl im März 2001 mit der Parole „Mit Löwenkraft für unser Land" breitere Wählerschichten anvisiert hatte, gilt Käs als Scharfmacher und „Mann fürs Grobe", der offen rechtsextremistische Positionen vertritt und immer wieder den „Weichzeichner-Kurs" Schlierers kritisiert hat. Als die rechtsradikale Partei bei der baden-württembergischen Landtagswahl nach zwei Legislaturperioden mit nur noch 4,4 Prozent den Wiedereinzug in den Stuttgarter Landtag verpasste, entbrannte erneut der Streit um den künftigen Kurs. Auf einem Landes-Parteitag im Juli 2001 in Leinfelden-Echterdingen gelang es den Anhängern Schlierers nicht, Käs zu stürzen: der seit 1991 amtierende Landeschef wurde mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt. Derweil machten Gerüchte über „finanzielle Unregelmäßigkeiten" die Runde. Eine innerparteiliche Kommission wurde eingesetzt, die Anfang Februar ihre Ergebnisse vorlegte. Demnach könne der ehemalige Schatzmeister Nikolaus Holzner für die Jahre 2000 und 2001 Ausgaben in Höhe von 71.580 Euro nicht belegen. Verantwortlich für die Schlampereien sei auch Käs, meinte der Rep-Bundesvorstand, denn er habe seine in der Parteisatzung festgelegte Aufsichtspflicht gegenüber dem Schatzmeister und der Buchführerin nicht ausgeübt. Alle Ausgaben von mehr als 1000 Mark hätten von ihm genehmigt werden müssen. Folge: Der Bundesvorstand enthob Käs aller Parteiämter. Außerdem soll er sich vor einem parteiinternen Schiedsgericht verantworten und vier Jahre lang keine Parteiämter ausüben, teilte der Bundesvorstand in einer Presseerklärung mit. Auch diese Vorwürfe bestritt Käs auf seiner Stuttgarter Pressekonferenz vehement. Er werde parteiintern und juristisch alle Möglichkeiten gegen seine Suspendierung ausnutzen, kündigte der gefeuerte braune Landeschef an. Schlierer warf er vor, die „Zerschlagung der Partei hinzunehmen", nur um ihn als innerparteilichen Konkurrenten loszuwerden. Unterdessen prüft die Bundestagsverwaltung mögliche Verstöße der Reps gegen das Parteienfinanzierungsgesetz. Dies bestätigte ein Behördensprecher in Berlin. Grund, sich genüsslich zurücklehnen, besteht für antifaschistisch orientierte Zeitgenossen jedoch nicht. Schließlich wollen die Reps bei den kommenden Bundestagswahlen antreten und verfügen noch immer über beachtliche Mittel und Anhänger. Außerdem sitzt mit der rechtskonservativen „Schill-Partei" bereits ein weiterer brauner Ableger im Startloch, der mit ähnlichen Law- und Order-Parolen wie die Reps auf Stimmenfang geht. Ein baden-württembergischer Landesverband soll Presseberichten zufolge demnächst in Stuttgart gegründet werden.

Martin Höxtermann ■

Und noch mehr V-Leute...

BERLIN. In den Anträgen von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat sind offenbar vier weitere V-Leute aufgetaucht – zusätzlich zu den bisher bekannten fünf. Die neue Zahl – insgesamt neun Leute – sei das Ergebnis einer Bestandsaufnahme der Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern, die am Donnerstag beim Bundesverfassungsgericht eingegangen sei. Die betreffenden V-Leute seien den Verfassungsschutzämtern der Länder zuzuordnen, berichtet die ARD. Von den vier neu aufgetauchten V-Leuten sei nur noch einer aktiv. Die anderen würden mit Zitaten erwähnt, die aus Zeiten stammten, in denen sie noch nicht oder nicht mehr für den Verfassungsschutz gearbeitet hätten. Laut ARD wird das Verfassungsgericht in der Bestandsaufnahme gebeten, Wege aufzuzeigen, wie die V-Leute in das Verbotsverfahren eingeführt werden könnten, ohne den Geheimschutz zu verletzen. Die Erklärungen der Verfassungsschutzämter enthielten nur Zahlen, jedoch keine Namen oder Beschreibungen der Stellung der V-Leute in der NPD.

In der dem Karlsruher Gericht übergebenen Stellungnahme vertreten die Antragsteller die Position, die über V-Leute gewonnenen Informationen seien für das NPD-Verbotsverfahren rechtlich zulässig verwertbar. Unter den 14 vom Gericht geladenen Auskunftspersonen befinde sich außer dem bekannten NPD-Funktionär Wolfgang Frenz kein weiterer Vertrauensmann des Verfassungsschutzes.

Bei dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht gibt es bei der Verwendung von Quellen des Verfassungsschutzes drei Kategorien: die 14 Auskunftspersonen aus dem Kreis der NPD, Aussagen von V-Leuten in den Antragsschriften und so genannte „Behördenzeugnisse". Am unproblematischsten sind die Behördenzeugnisse, die das Verhalten Dritter belegen. Dahinter können Aussagen oder Beobachtungen von V-Leuten stehen. In allen drei Verbotsanträgen gibt es etwa 120 dieser Behördenzeugnisse, wobei die Antragsteller unterschiedlich davon Gebrauch machen. Der Antrag der Regierung führt sieben an, der Bundestag mehr als 60.

Der baden-württembergische Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Dieter Berberich, hat Innenminister Schily inzwischen aufgefordert, den Regierungsantrag auf Verbot der NPD zurückzuziehen. Der „Heilbronner Stimme" sagte Berberich, es lägen Erkenntnisse vor, dass Mitarbeiter des Verfassungsschutzes beanstandete Reden von NPD-Funktionären selbst angefertigt hätten.

Quelle: Spiegel Online, 15. Februar 2002 ■

Verfassungsschutzbehörden sabotieren NPD-Verbotsverfahren

BERLIN. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern scheinen das NPD-Verbotsverfahren systematisch sabotieren zu wollen.

Erst liefern die Ämter den Prozessbevollmächtigten und den Verfassungsorganen Material für die Klageschriften, in denen jahre- und jahrzehntelang geführte V-Leute des Verfassungsschutzes als namentliche Quellen genannt werden, ohne dass ihre V-Leute-Rolle für irgendwen außerhalb der VS-Ämter kenntlich ist. Wenn Täuschung von Verfassungsorganen eine Straftat wäre, dann wären schon deshalb eine ganze Reihe von amtierenden und früheren VS-Leitern fällig. Dann wird das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe getäuscht, indem ihm bis zum Eröffnungsbeschluss nicht mitgeteilt wird, dass in den Klageschriften mehrere vom VS bezahlte Zeugen genannt werden, Zeugen also, deren Aussagen von extrem zweifelhafter Qualität sind.

Dann erhalten letzte Woche alle Parteien des Bundestags einen Schriftsatz aller Prozessbevollmächtigten für Karlsruhe, in dem angeblich zu VS-Spitzeln in den Klageschriften umfassend Stellung genommen wird, gleichzeitig aber zum Schluss ominös erklärt wird, V-Leute hätten grundsätzlich Anspruch auf Schutz und Geheimhaltung. In der Anlage zu diesem Schriftsatz: Versicherungen aller VS-Ämter von Bund und Ländern, dass unter den für Karlsruhe benannten 14 Zeugen keine weiteren V-Leute seien. Und nun? Sechs Tage später erfährt die Presse noch vor den Fraktionen des Bundestags, vor dem Innenausschuss und vor dem Prozessbevollmächtigten des Bundestags, dass – offenbar an all diesen Verfassungsorganen vorbei – die VS-Ämter von Bund und Ländern einen neuen Schriftsatz nach Karlsruhe geschickt haben, mit vier weiteren V-Leuten und der Anfrage an Karlsruhe, wie diese V-Leute nun bitte geheim in das Verfahren eingeführt werden könnten!

Wieviel Halbwahrheiten, Täuschungen, Lügen-durch-Weglassen und andere Tollheiten der VS-Ämter von Bund und Länder kommen jetzt noch? Wollen die VS-Ämter das Verfahren jetzt offen sabotieren? Wann kommt der nächste Schuss aus dem Hinterhalt, gegen das Verbotsverfahren, zugunsten der NPD?

Das Innenministerium muss sich vorwerfen lassen, dass es das Verfahren immer unseriöser und angreifbarer laufen lässt. Es wird immer offensichtlicher: Das V-Leute-Netz in der NPD muss sofort und restlos offengelegt werden, für Karlsruhe, für die Verfassungsorgane, für die Öffentlichkeit.

Auch bei der Befragung von Bundesinnenminister Schily und der beiden Länder-Innenminister Beckstein (Bayern) und Bartling (Niedersachsen) im Innenausschuss des Bundestags am 21.2. hat Schily keine weitere Aufklärung über den V-Leute-Skandal im NPD-Verbotsverfahren geschaffen. Unter anderem bei folgenden Fragen verweigerte er die Antwort:

- Wer die vier neuen V-Leute sind, die letzte Woche dem Verfassungsgericht in Karlsruhe ohne Namen gemeldet wurden,
- welche Funktion und Bedeutung diese V-Leute in den Klageschriften haben,
- ob die nun bekannt gewordenen V-Leute wirklich das Ende der Fahnenstange sind oder ob weitere V-Leute, z.B. der Polizei oder anderer Dienste, in der NPD aktiv sind.



Auch die Hinweise auf Rechtsverstöße der V-Leute und ihrer Führer in den Verfassungsschutzbehörden hat Schily bagatellisiert. Dazu gehört, dass der V-Mann Frenz während seiner Spitzeltätigkeit Artikel publizierte, die zu Razzien beim damaligen NPD-Vorsitzenden Deckert und anderen NPD-Mitgliedern führten und indirekt damit auch zur späteren Verurteilung Deckerts, und dass der V-Mann Holtmann ein vom Landgericht Berlin verbotenes antisemitisches Plakat „Den Holocaust hat es nie gegeben" presserechtlich verantwortete.

Die PDS wird diese und andere Fragen erneut stellen, sowohl im Innenausschuss als auch als förmliche Anfrage im Bundestag.

Wir fordern Schily auf, seiner Informationspflicht gegenüber dem Parlament nachzukommen. Andernfalls behalten wir uns rechtliche und weitere parlamentarische Schritte vor.

Ulla Jelpke, MdB PDS, zuammengestellt aus verschiedenen Pressemitteilungen der letzten Tage ■

100 Tage Rechtssenat – eine erste Bilanz

Hamburg. Seit November regiert der neue Senat aus CDU, FDP und Schill-Partei. Eine erste Bilanz, die sich auf tatsächliches Regierungshandeln oder konkrete Planungen beziehen wollte, fällt nicht leicht. Zwar liegt ein Koalitionsvertrag vor, der gibt aber mehr die allgemeine Richtung vor, als das er beabsichtigte Maßnahmen ankündigte. Durch ein kürzlich öffentlich gewordenes Papier beabsichtigter Gelderkürzungen zeichnen sich die Konturen der künftigen Regierungsarbeit indes deutlicher ab.

Die Koalitionsvereinbarung orientiert sich primär an Wirtschaftsinteressen. Die Innenstadt soll von Obdachlosen freigehalten werden, damit ungestört konsumiert werden kann. Städtisches Eigentum ist für den Verkauf vorgesehen, auch wenn man mittlerweile nicht mehr so recht weiß, was versilbert werden soll – das AK Altona scheint zur Zeit ganz oben auf der Liste zu stehen. Die Verkehrspolitik steht im Zeichen des Individualverkehrs: Förderung des Autoverkehrs durch Rückbau sog. „Poller", die das Rasen in Wohngebieten verunmöglichen sollten, zusätzliche Parkmöglichkeiten und Wiederausbau der Stresemannstraße zur de facto-Stadtautobahn durch dichtes Wohngebiet sind die prominentesten Maßnahmen. Demgegenüber sollen 600000 Euro für die Ausbesserung des Radwegenetzes eingespart werden. Innenpolitisch wird die ideologische Grundannahme der Koalitionäre umgesetzt, nach der es die Braven und Tüchtigen gibt, die es zu schützen gelte, und deren Antipoden, die Bösen und Faulen, denen man mit verschiedensten repressiven Maßnahmen an den Kragen zu gehen gedenkt.

Der Bau eines geschlossenen Jugendheims mit 200 Plätzen war eine der ersten Entscheidungen des neuen Senats, es folgte die Kürzung der Zuwendungen für Projekte für Straßenkinder um 120000 Euro, was einen erheblichen Stellenabbau zur Folge haben wird. Deutlich wird, dass der Senat mit Repression gegen unerwünschtes und abweichendes Verhalten vorgehen will und demgegenüber integrative Maßnahmen und unterstützende Angebote abgebaut werden sollen. Dazu passt, dass es mehr Polizei auf Hamburgs Straßen geben wird. Im Gefängniswesen setzt man auf Drangsalierung der Häftlinge, 300.000 Euro sollen bei Taschengeld und Arbeitslohn eingespart werden. Entscheidender dürften andere Anordnungen sein: Der Spritzentausch wurde abgeschafft, die Zeiten, in denen Gefangene fernsehen oder telefonieren können, sollen reduziert werden. Zur Drogen- wie auch zur Ausländerpolitik liegt wenig Konkretes vor, hier wird die Politik des vorigen Senats weiterbetrieben. In Sachen Abschiebungen war Hamburg stets bundesdeutsche Spitze, Brechmittel gegen Dealer hat bereits der SPD-Innensenator Scholz eingeführt.

Die wesentlichsten Unterschiede der Politik des neuen Senats gegenüber seinem Vorgänger betreffen die Arbeitsmarkt- und die Bildungspolitik:

Die auszugsweise bekannt gewordene Sparliste umfasst 37,4 Mio. Euro. V.a. soll bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gespart werden. 9,6 Mio. Euro sind hier eingeplant, unter anderem 5 Mio. bei der Hamburger Beschäftigungsgesellschaft und 3,8 Mio. bei der Arbeitsbeschaffung für Langzeitarbeitslose. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass der Senat alle Projekte mittragen wird, die derzeit bundesweit debattiert werden, Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger mit Zwangsmaßnahmen in Billiglohnjobs zu zwingen. Konkret bereitet Sozialsenatorin Birgit Schnieber-Jastram eine Gesetzesnovelle vor, die es ermöglichen soll, SozialhilfeempfängerInnen, die dreimal ein Jobangebot abgelehnt haben, die Sozialhilfe zu streichen. Zudem sollen „gemeinnützige Arbeiten" verstärkt „angeboten" werden, bei denen ein Sozialhilfeempfänger 1 Euro in der Stunde zusätzlich zu seiner staatlichen Unterstützung erhielte. Von dieser Maßnahme, würde sie im anvisierten Umfang realisiert werden, wären 17000 der 115000 SozialhilfeempfängerInnen betroffen. Eine weitere Initiative betrifft die Umsetzung des „Mainzer Modells" in der Hansestadt. Demnach erhielten Langzeitarbeitslose einen „Eingliederungsscheck", der für ihren neuen Arbeitgeber und sie je 250 Euro Zuschuss monatlich bedeuten soll. Dieses Modell wird bewirken, dass den Arbeitgebern die Lohnkosten subventioniert werden. Das wird auch Druck auf die Löhne im Niedriglohnsektor erzeugen, sind die Einkommen der dort Beschäftigten immer noch ein größerer Posten im Unternehmensetat als die vom Arbeitsamt gesponsorten Langzeitarbeitslosen.

Bildungspolitisch wird in erster Linie auf Elitebildung gesetzt. Zwar sind die Schulen auch mit einer knappen Mio. Euro an den Einsparungen beteiligt – insbesondere hält man neue Schulbücher für überflüssig –, entscheidender werden aber Maßnahmen wie das 12-Jahres-Abitur sein, durch das, wie zu erwarten ist, die Auslese vorangetrieben werden wird. Die beschlossene Einführung von Studiengebühren wird dafür sorgen, dass ein Teil der Studierenden, die das Studium nicht in der Regelstudienzeit absolvieren können und die keine vermögenden Eltern haben, die Uni verlassen werden.

Das Bild ist noch schemenhaft, aber erste Konturen treten hervor. Der neue Senat hat einerseits keine dramatische Politikwende herbeigeführt, andererseits kann aber auch keine Rede davon sein, er unterschiede sich nicht vom rot-grünen Vorgänger. Hinter den Gesetzen und Verordnungen steht der Wille, der Verwertung des Kapitals freie Bahn zu schaffen. Dem korrespondiert der Abbau von Leistungen für sozial Benachteiligte. Auch der Ausbau verschiedener Repressionsinstrumente knüpft direkt daran an, ist doch davon auszugehen, dass nicht jeder die Kürzungen und damit die Bedrohung seines materiellen Auskommens klaglos hinnehmen wird (wobei nicht in erster Linie an politischen Widerstand zu denken ist, sondern eher an individuelle „Lösungen"). Hierauf bereitet sich der neue Senat vor.

Die massive Orientierung an Wirtschaftsinteressen sollte aber nicht dazu verleiten, weitere ideologische Komponenten der skizzierten Politik zu übersehen. Die Frauenpolitik des Senats – bei den verschiedenen Beratungsstellen für Frauen oder Mädchen sollen Einsparungen von bis zu 50 % vorgenommen werden – lässt darauf schließen, dass auf der Grundlage eines reaktionären Menschen- und Weltbildes agiert wird, das nicht eins zu eins aus den ökonomischen Interessen abgeleitet werden kann. Die Schill-Partei (augenscheinlich aber auch Teile der beiden anderen Koalitionäre) vertritt ein patriarchales Frauenbild. Ähnlich lässt sich das Herbeisehnen einer auf „Zucht und Ordnung" basierenden Gesellschaft – zu erwähnen sind hier die disziplinierenden „Kopfnoten" auf Schulzeugnissen, die „Betragen" bewerten sollen – nicht linear aus Kapitalverwertungsinteressen herleiten. Beim neuen Senat verklammern sich eine rückwärtsgewandte Gesellschaftsvorstellung, v.a. der Schill-Partei, mit einer Wirtschaftsfixierung, die im gesellschaftlichen Mainstream des Neoliberalismus ihre Grundlage hat.

In der Öffentlichkeit wird die Kritik an der Senatspolitik überschattet von verschiedenen kleinen Skandalen, insbesondere der Senatoren der Schill-Partei. Dadurch steht diese Partei unter öffentlichem Druck, leider jedoch nicht wegen ihrer reaktionären Politik. *F* ■

Dokumentiert

Wes Geistes Kind einige AnhängerInnen Schills sind, zeigt der folgende Brief, den die AG/R als Reaktion auf ihre Web-Seite „Weg mit der Schill-Partei!" (www.agr.de.vu) erhielt (Rechtschreibung nach dem Original):

„Sehr geehrte Damen und Herren, Ich würde eher sagen weg mit der Anarchistische Gruppe / Rätekommunisten. Der Herr Schill ist angetreten um uns Deutschen vor solchen Subjekten wie Sie es sind zu befreien. Mir ist Herr Schill tausendmal lieber als Sie. In Deutschland muss wider Zucht und Ordnung herrschen. Deutschland den Deutschen. Mit freundlichen Grüßen Franjo Tilsch"

„Deutschland halt's Maul!“

AUGSBURG. Die Demonstration gegen Krieg, Überwachungsstaat und Rassismus am 16. Februar in Augsburg begann sehr spät. 1,5 Stunden lang mussten die Demonstranten auf Königsplatz ausharren, bis die Polizei endlich einwilligte, den Lautsprecherwagen auf den Platz zu lassen. Damit und mit einem ungewöhnlich großen Polizeiaufgebot wollte man offensichtlich klar machen, wer in dieser Stadt das Sagen hat: Nicht die Demonstranten, die sich unter der Überschrift „Deutschland halt's Maul!“ sammelten, sondern die staatlichen Organe. Es war ein Lehrstück, warum gegen den „Überwachungsstaat“ gekämpft werden muss. Jedoch die Demonstranten ließen sich



trotz großer Wut nicht zu unbedachten Handlungen hinreißen.

Die Beteiligung an den Kundgebungen war mit 270 gezählten Menschen für Augsburger Verhältnisse nicht schlecht. Viele Passanten hörten darüber hinaus den Reden zu: Ein Sprecher der AFI forderte auf, gegen die Kriegspolitik der rot-grünen Regierung mit Unterstützung der Konservativen müsse bei den Wahlen aktiv angetreten werden. Eine Vertreterin des ADHK richtete das Augenmerk auf die wirtschaftliche Lage in der Welt, dass insbesondere in Schwellenländern wie Argentinien und der Türkei die Regierungen jetzt brutal gegen das Volk vorgehen, um ihre Schulden bei den imperialistischen Bankenverbindungen einlösen zu können. Ein Redner sprach zur Lage der Flüchtlinge in der BRD. Eine Genossin des Infoladen zeigte die Verbindungen der Faschisten in der Region Augsburg auf und machte damit deren Gefährlichkeit deutlich.

Am Schluss sprach ein Vertreter der PDS zum Leitmotiv der Demo. Hier ein kleiner Auszug: „Es war ausgerechnet der 9. November, also der Jahrestag der „Reichspogromnacht“ gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland 1938, an dem der erste Teil des sogenannten Sicherheitspaketes durch den Bundestag gepeitscht wurde. Eine Ironie der Geschichte, denn in den neuen Sicherheitsgesetzen werden die Rechte der Menschen in Deutschland drastisch eingeschränkt, das Ziel ist der allmächtige Überwachungsstaat. Besonders ausländische Bürgerinnen und Bürger werden durch diese Gesetze stark diskriminiert und pauschal als potenzielle Terroristen gebrandmarkt ... Mit dem zweiten Teil des Sicherheitspaketes sollen die Menschen in Deutschland komplett erfasst und registriert werden. Fingerabdruck, biometrische Daten, DNA-Code, Zugang der Polizei und Geheimdienste zu den Versicherungs- und Finanzdaten der Bevölkerung: mit Demokratie und Freiheit hat das nichts mehr zu tun. Die dunkle Vergangenheit unseres Landes wirft wieder ihre Schatten, und es ist, als hätte man nichts daraus gelernt ... Wir wissen, wohin Überwachungsstaat, Rassismus und Krieg führen und deshalb lautet unser Antwort heute: ‚Deutschland halt's Maul!'“ *jol* ■



2. März '02 – Rennicke den Prozess machen!

STUTTGART. Für Samstag, den 2. März 2002 hat der NPD/JN Landesverband Baden-Württemberg eine Demonstration in Kornwestheim bei Stuttgart angemeldet. Kornwestheim ist der Wohnort des Staatsanwalts Mertig, der neben dem Sindelfinger Richter Dr. Werner Payer für die Verurteilung des neofaschistischen Liedermachers Frank Rennicke aus Ehningen verantwortlich ist. Dieser wurde im November 2000 vom Amtsgericht Böblingen zu einer Haftstrafe von zehn Monaten zur Bewährung auf drei Jahre verurteilt („Volksverhetzung in acht Fällen, davon in sechs Fällen in Tateinheit mit einem Vergehen gegen § 21 des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“). In der Anklageschrift hieß es, er habe in seinen Liedern zum Hass aufgestachelt und Ausländern das Lebensrecht als gleichwertige Bürger abgesprochen. Deshalb forderte die Staatsanwaltschaft zweieinhalb Jahre ohne Bewährung für die Verbreitung des 1986 (!) veröffentlichten „Lied der Heimatvertriebenen“, da in diesem „entsprechend der Rassenideologie und der Hetze der Nationalsozialisten gegen die Juden im Dritten Reich, nunmehr gegen die in Deutschland lebenden Ausländer“ gehetzt und das „deutsche Volk“ vor einer „Umvolkung“ bewahrt werden soll. So heißt es wörtlich „Nehmt Eure Russenpanzer, Euer Mafiageld und laßt uns zufrieden um alles in der Welt! Nehmt Eure Scheißbomben und Staatsformen heim und laßt uns mit unseren Sorgen allein. Packt Eure Snackbars und Kolchosen ein, laßt uns wieder Deutsche in Deutschland sein. Amis, Russen, Fremdenvölker raus - endlich wieder Herr im eigenen Haus!“.

Seine Frau Ute Rennicke wurde wegen „Vergehen der Beihilfe zu einem tateinheitlich begangenen Vergehen der Volksverhetzung und des Verstoßes gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ zu einer Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt. Das Ehepaar muss außerdem rund 70 000 Mark abgeben, die es durch den Vertrieb der Tonträger eingenommen hat. Gegen dieses Urteil gibt es starken Protest von Seiten des nationalen Widerstandes. Die JN will die Gelegnheit vor dem Wahlkampf nutzen, sich ein bürgerliches Mäntelchen umhängen und hat für den 2. März eine Demonstration „für Meinungsfreiheit“ vor dem Haus des Staatsanwalts Mertig angekündigt. Geben wir ihnen nicht die Chance, sich als „wählbare“ Partei zu profilieren!

Gegenaktivitäten für diesen Tag sind geplant, jedoch ist noch nicht sicher, ob



der Aufmarsch überhaupt genehmigt wird. *Genauere Infos auf der Website der Antifa Aktion Ulm/Neu-Ulm www.ulm.antifa.net, email: afa-ulm@antifa.net* ■

Bielefeld: Demo am 2. März verboten

Die Polizei hat die von Christian Worch für den 2.3. in Bielefeld angemeldete Demonstration gegen die zur Zeit dort gastierende Wehrmachtsausstellung verboten, da Worch bei dem Aufmarsch der NPD am 2.2. von der Demo ausgeschlossen wurde, weil er durch rassistische und antisemitische Parolen aufgefallen war.

Worch hat unterdessen vor dem Amtsgericht – wie zu erwarten – Widerspruch gegen den Entscheid eingelegt, die Bielefelder Polizei verkündet aber, dass sie davon ausgeht, dass Minden das Verbot bestätigen wird. Warten wir es ab, der DGB hält seine Demonstrationsanmeldung auch bei einem Verbot aufrecht.

Infos unter:www.nadir.org/owl http:/people.freenet.de/buendnis ■

Unvollständige Chronik neofaschistisch-motivierter Delikte in Dessau

Januar 2002

Die NPD in Sachsen-Anhalt

Schon im Frühjahr 2001 kündigte die NPD Sachsen-Anhalt an, nicht zur Landtagswahl am 21. April 2002 anzutreten. Stattdessen wolle sich die Partei auf den Auf- und Ausbau ihrer Strukturen im Land konzentrieren.

Tatsächlich ist im Gegensatz zu früheren Jahren einige Aktivität zu verzeichnen. Nachdem Anfang 2001 erst 6 Kreisverbände (Burgenlandkreis, Merseburg/Querfurt, Sangerhausen, Magdeburg, Halle-Saalkreis und Altmark) existierten, wurden nun innerhalb eines Jahres weitere 4 gegründet: am 25. Februar in Hoym (LK Aschersleben) der Kreisverband Ostharz, am 13. Oktober in Köthen der KV Anhalt, am 2. Dezember der KV Elbe-Saale (Landkreise Schönebeck, Bernburg und Aschersleben-Staßfurt) und am 15. Dezember der KV Wittenberg. Damit sind jetzt laut Eigenangaben alle (schätzungsweise 250-300) NPD-Mitglieder in Kreisverbänden organisiert.

NPD und ‚Freie Nationallsten"

Am 11. März 2000 war Steffen Hupka (Blankenburg/Harz) auf dem Landesparteitag in Weddersleben (Kreis Quedlinburg) als Landesvorsitzender abgewählt worden. Neuer Vorsitzender im 10-köpfigen Vorstand wurde Andreas Karl aus Billroda. Hintergrund der Abwahl ist der Versuch der NPD, das Image der Partei der prügelnden Nazi-Glatzen loszuwerden. Steffen Hupka war einer der wichtigsten Nazi-Kader, die nach der Wende in den Osten kamen, um die teilweise schon bestehenden Strukturen der extremen Rechten auf- und auszubauen. Er ist auch einer derjenigen, auf die Anfang der 90er Jahre das Konzept der sogenannten „Autonomen (oder Freien) Kameradschaften" zurückgeht. Vertreter der „Freien Nationalisten" gründeten nach dem Bundesparteitag im Frühjahr 2000 die „Revolutionäre Plattform" (RPF) in der NPD als „Speerspitze des revolutionären Nationalismus", die mittlerweile als offizielle Arbeitsgemeinschaft der Partei geführt wird. Zu den wichtigsten Vertretern zählt neben dem ehemaligen JN-Vorsitzenden und jetzigen Bundesvorstandsbeisitzer der NPD, Holger Apfel, auch Hupka. Hupka ist allerdings 2000 aus dem Bundesvorstand der NPD und im Herbst auch rechtskräftig aus der Partei ausgeschlossen worden. Sein letzter Versuch, die Entscheidung des Bundesschiedsgerichtes der NPD vom Landgericht Berlin zurückweisen zu lassen, wurde am 24. Januar 2002 negativ beschieden. Im Konflikt zwischen NPD und dem „sozialrevolutionären" Flügel der Nazi-Szene, der sicherlich auch im Kontext der Verbotsdebatte zu sehen ist, ist mit der scheinbar resignativen Auflösung der RPF am 12. Januar in Magdeburg eine neue Stufe erreicht.

Die regionale Nazi-Szene und der NPD-Kreisverband Anhalt

Hupka und/oder der Hamburger Nazikader Christian Worch sind seit Jahren auf fast jeder wichtigen Demonstration, die von „Freien Nationalisten" mitgetragen wird, im gesamten Bundesgebiet zu sehen, meist auch als Redner so auch auf den Demonstrationen am 20. Mai 2000 in Köthen, am 2. Dezember 2000 in Dessau und am 4. August 2001 in Bemburg, die von der „BI gegen Drogen" aus Köthen durchgeführt wurden. Eine „BI für ein freies Europa" aus Köthen meldete für den 1. September 2001 eine Ausweichdemonstration für den Fall eines Verbots des Großaufmarsches in Leipzig an, an dem immerhin ca. 2.000 Nazis aus dem In- und Ausland teilnahmen. Außerdem fanden 2000 und 2001 mehrere kleinere Spontanaufmärsche, Fackelumzüge, Infostände, Flugblatt-Aktionen, Schulungen (u.a. mit dem bekannten südafrikanisehen Revisionisten Dr. Claus Nordbruch) und Konzerte in Köthen, Bernburg und Umgebung statt. Insgesamt lassen die Aktivitäten auf gute, teilweise sehr gute Kontakte zu einschlägigen Nazi-Kreisen von der NPD bis zur inzwischen zwar verbotenen aber weiterhin aktiven „Blood & Honour"-Bewegung schließen.

Diese Szene hat nun mit dem KV Anhalt eine legale Plattform gegründet. Zum KV Anhalt mit ca. 30 Mitgliedern gehören die Landkreise Köthen und Anhalt-Zerbst sowie die kreisfreie Stadt Dessau. Der Vorsitzende im 7-köpfigen Vorstand ist Andreas Reiche aus Köthen, der Anmelder des Aufmarsches vom 2. Dezember 2000 in Dessau. Sein damaliger Co-Anmelder, Sebastian „Sepp" Dankowski, ebenfalls aus Köthen, ist webmaster der homepage www.npd-kv-anhalt.de.vu. Mitglieder der Köthener und Dessauer Nazi-Szene sind mittlerweile auf vielen Aufmärschen nicht nur in Sachsen-Anhalt anzutreffen, so. z.B. zuletzt am 1. Dezember 2001 in Berlin und am 19. Januar in Magdeburg.

Braune Umtriebe nehmen zu

Dass im Dessauer Berufsscbulzentrum (BSZ) „Hugo Junkers" bedingt durch das große Einzugsgebiet der Bildungseinrichtung viele jugendliche Neonazis unterrichtet werden, ist leider Realität und allgemein bekannt. Was allerdings auf dem Schulhof und im Gebäude selbst an Wochentagen für eindeutig neofaschistische Symbolik auftaucht, überrascht an Dreistigkeit und Quantität schon. Vorwiegend Neonazis aus den Bereichen Köthen u. Anhalt-Zerbst sind dort u.a. mit „Landser"- Aufklebern, die die verbrecherische Deutsche Wehrmacht verherrlichen, Eisernen Kreuzen, „CoNSDAP1e"-Pullovern (ein Label von Nazis für Nazis; das offensichtlich positiv auf die Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (NSDAP) Bezug nimmt), sogenannten „Gau Sachsen-Anhalt"- Applikationen, rassistischen „White Power"Emblemen, unterschiedlichsten Abbildungen der Zahl 88 (ein codiertes Synonym was nichts anderes als „Heil Hitler" bedeutet) und mit diversen Devotionalien verschiedenster Neonazi-Bands anzutreffen. Wenn die braunen Umtriebe am BSZ ‚Hugo Junkers' auch nicht hausgemacht sind, sollte die zuständige Leitung aber mindestens darüber nachdenken, in einer adäquaten Hausordnung das Tragen von (Neo)Nazi-Symbolik zu untersagen und dieses Verbot konsequent durchzusetzen.

In der Nacht vorn 27. zum 28. Januar verklebten Neonazis in einer offensichtlich koordinierten Aktion in den Bereichen Innerstädtisch-Nord, im Stadtteil Kühnau und in Dessau-Ziebigk ca. 200 neofaschistische Aufkleber. Die u. a. festgestellten Motive („Arbeit zuerst für Deutsche", „Die Würde des Menschen ist unantastbar, es sei denn... - Du bist Deutscher", „Nationa1ismus ist auch Mädchensache" u. „Das Volk blutet! Das System verwaltet! Das Kapital kassiert!") sprechen eine eindeutig rassistische, antisemitische und menschenverachtende Sprache. Als V.i.S.d.P. konnte bei den meisten Aufklebern die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) bzw. deren Jugendverband „Junge Nationaldemokraten" (JN) festgestellt werden.

Dem beherzten Eingreifen engagierter AntifaschistInnen ist es zu verdanken, dass die braune Propaganda das Stadtbild Dessaus nicht lange verschandelte.

Offenes Antifaplenum, Dessau ■
aus Platzgründen gekürzt

Seit 1999 sitzt mit Willibald Kunkel ein Vertreter der DVU im Stadtrat der Stadt Stolberg. Bisher hat er nicht viel von sich reden gemacht. In einem Leserbrief an die ‚Nationalzeitung' lieferte er eine Ergebenheitsadresse an Frey. Damit war das Wohlwollen des „Chefs" im fernen München sicher, zumindest bis zu der Demonstration am 16.2.02. Angeblich ist jetzt aus München ein Ausschlussverfahren gegen Kunkel eingeleitet worden.

Stellungnahme der VVN-BdA Kreisverband Aachen

DVU demonstrierte in Stolberg: „Die Rechten gegen das Schächten"

Die Demonstration war angekündigt für 100 bis 150 DVU Anhänger. Tatsächlich wurden 30 Nasen gezählt, wovon die „Kameradschaft Aachener Land" die Hälfte stellte. An der Wiege dieser letztes Jahr gegründeten „Kameradschaft" standen ja auch Personen, die enge Verbindungen zur DVU, zur NPD und zur Wiking-Jugend haben. Der Eschweiler Nazi Michael Schlee machte mit der Wiking-Jugend Wahlkampf für die DVU, leitete ein Jugendlager der NPD, bei dem verbotene Nazimusik an Jugendliche weitergegeben wurde. Gemeinsam mit der NPD-Familie Büttgen aus Düren ist Schlee Geburtshelfer dieser „Kameradschaft Aachener Land". Der Sohn von Schlee ist dort aktiv.

Herr Kunkel führte also eine als Nazis erkennbare Horde grölender Skinheads unter starkem Polizeischutz durch die Stadt. „Hier marschiert der nationale Widerstand" und „Trotz Verbot nicht tot-NSDAP-AO" war wohl das letzte, was Herr Frey sich zur Imagepflege gewünscht hatte. In der Lokalpresse wurde denn auch eine Distanzierung aus der DVU Zentrale präsentiert. Zu spät. Die Stolberger Bevölkerung konnte sehr gut erkennen, dass und wie Herr Kunkel sich mit den „Kameraden" verstand. Jeder Versuch von Herrn Kunkel, sich zukünftig als Biedermann zu geben, dürfte in Stolberg nunmehr vergeblich sein. So einen elenden Haufen hat die Stadt wohl selten gesehen. Selbstverständlich geriet der angebliche Grund der Demo, das Gerichtsurteil zum Schächten, in den Hintergrund. Mal war es die „Todesstrafe für Kindermörder" dann wieder „Ruhm und Ehre der Waffen-SS", dann war die Befreiung der „nationalen Kameraden" aus dem Knast das Thema. Lustig war auch, dass die Nazis sich auf Kommando selbst auspfiffen. Schrie Kunkel im Militärton „Pfeifen raus", trillerten die Nazis, bis sie rote Köpfe hatten, schrie er „Pfeifen rein" verstummten die Nazis. Passanten beteiligten sich an dem Spiel und wenn laut genug gerufen wurde, folgten die Nazis auch den Anweisungen von der Straße.

Der Polizeipräsident von Aachen, der die Demo der Nazis genehmigte und schützen ließ, hat wenig Fingerspitzengefühl gezeigt. Zahlreichen Festnahmen von Menschen, die sich den Nazis in den Weg stellten, steht eine vorübergehende Festnahme des Kameradschaftsführers Rene Laube, Langerwehe, entgegen. Die Antifaschisten wurden von der Straße gedrängt, in Seitenstraßen getrieben und, obwohl sie eine Blockade schon geräumt hatten, zur Personalienfeststellung festgehalten. Da zahlreiche Bürgerinnen und Bürger von Stolberg den Weg der Nazis säumten, ist es schwer, die Zahl der Gegendemonstranten zu nennen. Erkennbar war, dass viele sich spontan an den „Nazis raus" Rufen beteiligten, dass eine Mehrheit mit Kopfschütteln auf den Naziaufmarsch reagierte. Den ganzen Weg (ca. 500 Meter) wurden die Nazis von starken Protesten begleitet. Wegen mehrer Antifablockaden brauchten die Nazis über 2 Stunden für die paar hundert Meter. Niemand hätte eindringlicher vor den Nazis warnen können, als diese selbst. Niemand hätte ihre Beschränktheit, ihre dumpfe Aggressivität besser darstellen können als sie selbst. In Stolberg haben bei der letzten Wahl fast 500 Menschen DVU gewählt. Ob die DVU daran noch mal anknüpfen kann, darf nach diesem Tag bezweifelt werden.



Zum Thema der DVU- „Demo"

Es war vollkommen richtig, sich der DVU entgegenzustellen, obwohl die Gegner der DVU deshalb nicht zu Anhängern des Schächtens geworden sind. Die DVU wollte erkennbar nur ein Vehikel nutzen, um aggressive Propaganda gegen Ausländerinnen und Ausländer zu machen.

Die ‚Nationalzeitung' titelte am 14.12. 2001 „Moslems – Gefahr für Deutschland? Was unserem Volk wirklich droht." Da ist es wenig glaubhaft, dass die DVU jetzt auf Tierschützer macht, um am 25.1. 2002 die Balkenüberschrift zu wählen: „Wie grausam ist das Schächten? Freibrief für Tierquäler". Der Artikel in der ‚Nationalzeitung' gerät denn auch schnell aus dem Tierschützergleis. Nachdem eben mal schnell der Bogen zum Antisemitismus geschlagen wird (Tiere als „Opfer islamischer oder jüdischer Religionsgemeinschaften") wird gar der Kannibalismus beschworen. „Und was passiert, wenn durch neue Einwanderungsströme einmal die Anhänger von Naturreligionen, beispielsweise aus dem Amazonasgebiet, in Deutschland zu beachtlicher Größe kommen sollten? Werden dann die religiöse Verpflichtung zu Menschenopfern und andere barbarische Gebräuche über das Strafgesetzbuch gestellt, so wie jetzt schon das Schächten über das Tierschutzgesetz."



Rene Laube aus Langerwehe von der Kameradschaft Aachener Land

Die ‚Nationalzeitung' erscheint penetrant mit Überschriften wie „Kommen Millionen Juden" oder „Kommen Millionen Türken" wahlweise auch schon mal „Zigeuner" und „Kurden". Demnächst also folgt die Invasion der Menschenfresser. Die Nationalzeitung ist in ihrem dumpfen Wahn kaum zu übertreffen.

Auch als Gegner des Schächtens kann mensch sich rational verhalten und muss nicht antisemitisch oder antimuslimisch argumentieren. Die DVU ist dazu nicht willens, da sie das Thema nur für ihren plumpen Rassismus braucht.

Schächten war in Deutschland einmal eine Selbstverständlichkeit. In der Weimarer Republik gehörte es zum Alltag. Erst die Nazis haben am 21.4.1933 ein gesetzliches Verbot des Schächtens verfügt. Es war eine von vielen Maßnahmen der Nazis, das Leben der Jüdinnen und Juden schwerer zu machen, sie auszugrenzen und letztlich zu ermorden. Kein Wunder, dass die DVU genau an diese Nazitradition anknüpft und zwei ihrer Feindbilder – Juden und Muslime – angreift.

Bis heute gibt es stark begrenzte Ausnahmegenehmigungen von dem grundsätzlich weiterbestehenden Verbot des Schächtens.

Die islamischen Befürworter des Schächtens berufen sich auf den Koran, Sure 5, Vers 4, in dem es heißt: „Verwehrt ist euch Krepiertes, Blut, Schweinefleisch..., das Erwürgte, das Erschlagene, das durch Sturz oder Hörnerstoß Umgekommene...“ Es war ursprünglich so etwas wie eine Hygienevorschrift. Schächten ist auch innerhalb der Muslimischen Gemeinschaft umstritten. Nicht alle Deutschen essen Weißbrot und nicht alle Muslime bestehen auf Fleisch von geschächteten Tieren. In einem Gerichtsentscheid aus dem 1979 berief sich ein deutsches Gericht auf die Generaldirektion für theologische Angelegenheiten in Ankara, die die Möglichkeit des Betäubens der Tiere beim Schächten nicht ausschloss. Ein anderes Gericht berief sich auf die Al-Azhar Universität in Kairo als wichtige Autorität on der Auslegung des Koran. Auch in Kairo wurde die Betäubung nicht ausgeschlossen, vor allem in der Diaspora.

Es kann nicht Aufgabe von Antifaschistinnen und Antifaschisten sein, Belehrungen in der Fleischzubereitung zu erteilen. Fest steht: das Schächten ist umstritten, ebenso wie es die bei uns herkömmliche Methode sein sollte. In unserer Gesellschaft sind manche Dinge umstritten: die Züchtigungsmethoden der Opus Dei Sekte, deren Gründer jetzt vom Papst heiliggesprochen wird, die Haltung der Katholischen Kirche zu Verhütungsmitteln und zur Sexualität im allgemeinen, die Generationen von Psychologen ernährt. Um diese Dinge soll und muss gestritten werden, aber ohne Generalisierung wie z.B. alle Katholiken sollen in den Vatikan auswandern o.ä.

Auch ohne Fachwissen erkennt jede/r, dass kein Tier freiwillig zum Schlachter geht. Wer Fleisch isst, sollte das wissen und wer die Tierquälerei nicht will, sollte öfter Gemüse essen.

Die Nazis und die DVU im Besonderen sollten zu diesem Thema besser keine Stellungnahme abgeben. Denn wer von den Menschenrechten nicht sprechen will, soll zu den Tierrechten schweigen.

Es ist gerade die DVU, die ohne müde zu werden die Verbrechen des Faschismus leugnet oder verharmlost, die sich bester Beziehungen zu den Tätern rühmt. Kaum eine Ausgabe der ‚Nationalzeitung‘ ohne Titel wie „Freispruch für die Waffen-SS?“ und „Unsere Väter waren keine Verbrecher“. Die DVU muss sich vorhalten lassen, dass wer die Nazi-Verbrechen derart leugnet, an der Vorbereitung erneuter Verbrechen arbeitet.

In einem Vortrag vor Führern der Waffen-SS sprach Heinrich Himmler am 4. Oktober 1943 zum Thema Tier- und Menschenrechte: *„Ein Grundsatz muss für den SS-Mann absolut gelten: ehrlich, anständig, treu, kameradschaftlich haben wir zu Angehörigen unseres eigenen Blutes zu sein und zu sonst niemandem. Wie es den Russen geht, wie es den Tschechen geht, ist mir total gleichgültig. ...Ob die anderen Völker in Wohlstand leben oder ob sie verrecken vor Hunger, das interessiert mich nur insoweit, als wir sie als Sklaven für unsere Kultur brauchen, anders interessiert mich das nicht. ...Wir werden niemals roh und herzlos sein, wo es nicht sein muss, das ist klar. Wir Deutschen, die wir als einzige auf der Welt eine anständige Einstellung zum Tier haben, werden ja auch zu diesen Menschentieren eine anständige Einstellung einnehmen, aber es ist ein Verbrechen gegen unser eigenes Blut, uns um sie Sorge zu machen und ihnen Ideale zu bringen, damit unsere Söhne und Enkel es noch schwerer haben mit ihnen.“*

Das also ist der „Ruhm“ und „die Ehre“ der Waffen-SS, die auf der DVU Demo skandiert wurde. Das ist die Haltung derer, die die Waffen-SS bei jeder Gelegenheit reinzuwaschen versuchen. Welchen vernünftigen Grund sollte es geben, diesen Leuten eine Teilnahme am demokratischen Leben zu ermöglichen, ihnen Demonstrationsrecht und Parteienprivileg zuzubilligen.

Es ist ein Hohn, dass Nazis von Tierrechten sprechen, von Betäubung und Qual der Tiere sprechen. Die Väter, die angeblich keine Verbrecher waren, waren zu noch viel Schlimmerem fähig:

„Wenn alle Patienten den Raum betreten hatten, wurde die Tür geschlossen und der Arzt ließ durch die Öffnung in den Röhren Kohlenmonoxyd in den Raum einströmen. Durch das Sichtfenster beobachtete der Arzt von Zeit zu Zeit die Wirkung des Gases auf die im Raum befindlichen Kranken. Da Kohlenmonoxyd schwerer als Luft ist, starben zuerst die Kranken, die sich in Bodennähe befanden. Nach ca 10 Minuten bis 15 Minuten waren alle Kranken, die sich im sogenannten Duschraum befanden, gestorben. Der Arzt stellte die Luftzufuhr ab. Der Raum wurde gelüftet und nach ca. 1. Stunde wurden die Leichen mit Karren zu den in unmittelbarer Nähe gelegenen Verbrennungsöfen gebracht und sofort verbrannt.“

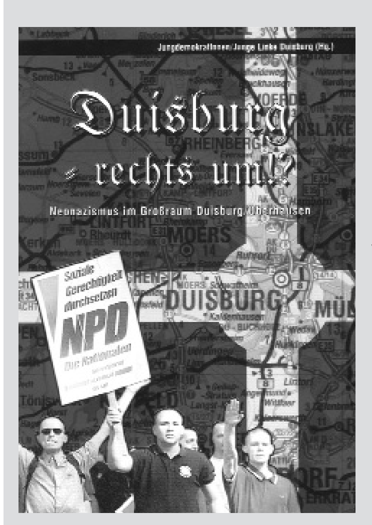
Das ist die Schilderung des Alltags in der Anstalt Hadamar, einer Tötungsfabrik für behinderte Menschen, die als „unwertes Leben“ galten.

„Die Tötung durch Verabfolgung von Luminaltabletten dauerte etwa drei bis vier Tage. Ich räume ein, dass bei dieser Art der Tötung die Kinder nicht ständig bewusstlos waren; wenn ihnen eine neue Luminalgabe verabfolgt wurde, mussten sie zumindest soweit geweckt werden, dass sie in der Lage waren, das Medikament zu schlucken. Es kann durchaus sein, dass die Kinder bei dieser Art der Tötung, die letztlich durch künstliche Herbeiführung einer Lungenentzündung bewirkt wurde, Beschwerden und Schmerzen gehabt haben, wenn sie aus der Bewusstlosigkeit geweckt wurden.“ Aussage des Facharztes für Kinderkrankheiten Dr. Fritz Kühnke im Prozess 1968, wegen Verjährung eingestellt.

Die Beispiele der Verbrechen des Faschismus sind endlos. Das waren also angeblich keine Verbrechen., behauptet die DVU. Und solche Leute wollen uns über Tierschutz belehren? Wir haben noch gut in Erinnerung, dass die Aachener NPD ein Flugblatt unter Polizeischutz verteilte, in dem die Tötung „unwerten Lebens“ als eine „hygienische Maßnahme zur Reinhaltung des deutschen Volkes“ verniedlicht wurde. Eine Anzeige dagegen wurde von der Staatsanwaltschaft Aachen niedergeschlagen.

Wehrt Euch! Lasst nicht zu, dass die Naziverbrechen in Vergessenheit geraten. Lasst nicht zu, dass Neonazis neue Verbrechen verüben können. Organisiert Euch! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. Keine Toleranz für Nazis!

VVN-BdA Kreisverband Aachen
Tel. 0241/4093710-
E-mail: Kurt.Heiler@gmx.de
aus Platzgründen gekürzt, vollständige Version unter:www. antifaprojekt.de



„Die selbst ernannte ‚Kulturstadt im Herzen Europas‘ Duisburg stellt in punkto Neonazismus keine Ausnahme dar, sondern ist ein typisches Beispiel für eine deutsche Großstadt“, so die Herausgeber dieses Buches, das über lokale neonazistische Strukturen und ihr Verwobensein mit Strukturen in den Nachbarstädten informiert und deshalb nicht nur für Duisburger nützlich ist.
Neben Kapiteln mit umfangreicher Recherche zu diesem Komplex gibt es Untersuchungen zur Rechts-Rock-Szene, zum Fußball als Rekrutierungsfeld für die extreme Rechte, zur Bedeutung von Frauen in der neonazistischen Szene und auch das Thema „Rassismus in Duisburg“ wird angerissen.

Herausgeber sind die JungdemokratInnen/Junge Linke, KV Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg, email: duisburg@jungdemokratinnen.de, www.jungdemokratinnen.de, Schutzgebühr: 5 Euro, ISBN 3-9806044-4-6

Neonazi-Aktivitäten an Gießener Universität

Dass Neonazis auch an Hochschulen aktiv sind, ist nicht erst seit der bundesweiten Medienberichterstattung über die Vorfälle bei der Münchner Burschenschaft Danubia bekannt. In Gießen sorgte in der Vergangenheit immer wieder die Burschenschaft Dresdensia-Rugia für Wirbel, von der noch die Rede sein wird.

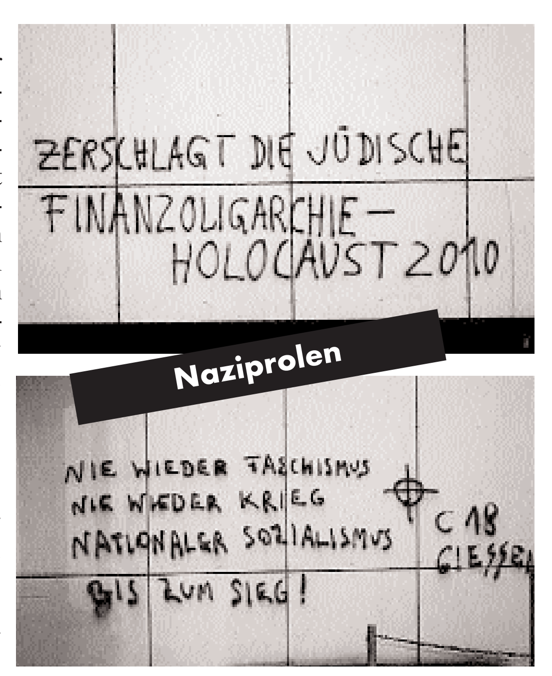
In den letzten Monaten war vor allem auffällig, dass in immer größerem Maße neonazistische Propagandamaterialien und Parolen auf dem Uni-Campus der hessischen Kleinstadt verbreitet und gesprüht wurden. Bereits im letzten Herbst wurden von Unbekannten in einer breit angelegten Aktion zahlreiche Gebäude, Mülleimer und Laternen in den Fachbereichen Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit Aufklebern der Jungen Nationaldemokraten verunstaltet. Die Werbematerialien beinhalteten neben antikapitalistischen und geschichtsrevisionistischen Parolen vor allem den Aufruf „Antifa zerschlagen!".

Anfang diesen Jahres wurde dann – ebenfalls von Unbekannten – in großer Stückzahl eine vor völkischen, rassistischen und antisemitischen Inhalten nur so strotzende Broschüre zur „Zuwanderungsdebatte" in verschiedenen Uni-Räumlichkeiten ausgelegt. In dem von der „Vereinigung Gesamtdeutsche Politik e.V." herausgegebenen Heft wird in erster Linie der Briefwechsel zwischen Johannes P. Ney und CDU-MdB Wolfgang Bosbach dokumentiert, dessen Gegenstand die „Zuwanderungskonzepte" von CDU, CSU und FDP sind, von denen im Heft behauptet wird, sie brächten den „Volkstod". Johannes P. Ney dürfte in antifaschistischen Kreisen bestens bekannt sein, hat er doch den Sammelband „Grundlagen zur Zeitgeschichte" mitverfasst, den der Holocaust-Leugner Germar Scheerer (geb. Rudolf) herausgab. Ney versuchte in seinem Beitrag zu diesem Werk, die Authentizität der Wannsee-Protokolle anzuzweifeln.

Mitte Februar gab es schließlich neonazistische Schmierereien an Universitätsgebäuden. Agitationsfeld waren einmal mehr die Einrichtungen der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Breitflächig wurden explizit antisemitische Parolen, sowie SS-Runen und diverse andere Symbole an die Wände gesprüht. Die unbekannten Schmierer bezeichneten sich selbst als Gruppe „Combat 18 Giessen" und als das Ziel ihres Kampfes: „Nationaler Sozialismus bis zum Sieg".

In Gießen sind in letzter Zeit jedoch nicht nur verstärkte Neonazi-Aktivitäten zu verzeichnen, sondern die rechtsextreme Szene Hessens erhielt auch personelle Verstärkung. Hier spielt nun wieder die Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia eine Rolle, die wie die Münchner Danubia im Dachverband „Deutsche Burschenschaft" (DB) beheimatet ist: War es vor einigen Jahren der Jürgen W. Gansel, der als Mitglied der Gießener Dresdensia-Rugia deren Infrastruktur für seine Umtriebe nutzte, so scheint heute Stefan Rochow eine wichtige Figur in der mittelhessischen Neonazi-Szene zu sein. Gansel war lange Zeit in der hessischen NPD und ihr nahestehenden Organisationen aktiv und ist zur Zeit Redakteur der beiden im Verlag von Gerd Sudholdt erscheinenden Zeitschriften „Opposition" und „Deutsche Geschichte". Im letzten Jahr wurde er zudem zum Geschäftsführer des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) gewählt. Ob Stefan Rochow (geb. 1973) eine ähnliche Karriere vor sich hat, ist noch nicht ausgemacht. Bekannt ist jedoch, dass auch er im NHB und wie einst Gansel in der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen aktiv ist, im letzten Jahr sogar als stellvertretender Bundesvorsitzender. In der Universitätsstadt Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern), war er in der dort ansässigen Burschenschaft Rugia, die seit einigen Jahren enge Kontakte zur Gießener Dresdensia-Rugia pflegt. Für Hessen interessant ist aber vor allem, dass er am 19. Januar 2001 in Ehringshausen zum hessischen Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten (JN) gewählt wurde. Außerdem wird er bei der im Herbst anstehenden Bundestagswahl auf Platz 3 der hessischen NPD-Landesliste kandidieren. Auf den Internet-Seiten der Sudetendeutschen Landsmannschaft Hessen wird Stefan Rochow als Vertreter des Witikobundes im Vorstand der Landsmannschaft vorgestellt. Die dort genannte Kontaktadresse Rochows – und das wird nun niemanden verwundern – ist identisch mit der Postadresse der Gießener Burschenschaft Dresdensia-Rugia...

gugo ■



Naziprolen

Worch verkündet: „Wir sind das Volk!"

Leipzig. Die Stadt Leipzig wird den Nazis nicht verbieten, am 6. April in Leipzig einzufallen. Der Aufwand lohne sich nicht, man müsse halt jetzt das Verbot der NPD abwarten. Die braune Invasion rollt diesmal unter dem Motto „Gegen Repression und für Demonstrationsfreiheit. Wir sind das Volk!" an. Leipzigs leitender Kriminaldirektor Rolf Müller hat eben erst auf einer städtischen Sicherheitskonferenz alle gewarnt, die zu Gegendemonstrationen aufrufen. Gegen 20 Personen laufe bereits ein Prüfverfahren.

Nicht Nazis, die drohen „Wir kriegen euch alle" und Losungen zum Ruhm und zur Ehre der Waffen-SS skandieren, sollen belangt werden, sondern Demokraten, die diesen Spuk in ihrer Stadt nicht dulden – und auch dank vieler aufrechter Leipziger am 3. November (und vorher schon am 1. September) ein Durchmarschieren der Nazis verhindern konnten.

Diesmal, beim dritten Versuch, hat Worch den Aufmarsch seiner Truppen vorsorglich bis 24 Uhr angemeldet: „Wir werden es eines Tages schon schaffen vom Hauptbahnhof zum Völkerschlachtdenkmal zu kommen, Für uns gibt es kein ‚no pasaran!'".

Aber es gibt ein NO PASARAN! Sie werden nicht durchkommen! Leipziger werden wieder die Straßen sperren, Gesicht zeigen, den Nazis entgegentreten. Da braucht Polizei-Müller in grausiger Law-and-order-Manier gar nicht beleidigt zu maulen: „Es kann nicht sein, das Honoratioren der Stadt die Bürger da mit reinziehen." Die Honoratioren werden wieder dabei sein, vielleicht der eine oder andere nicht mit ganzem Herzen. Aber sie werden Gesicht zeigen, mit dem Leipziger Friedenszentrum, mit dem Bund der Antifaschisten, den Gewerkschaften, der PDS, Teilen der SPD, mit den Bürgern dieser Stadt.

M. Wartelsteiner, Leipzigs Neue, 3.2 ■

Professoren gegen Regierung Berlusconi

Professoren der Universität in Florenz haben sich an ihre europäischen Kollegen gewandt und ihnen mitgeteilt, „dass wir uns gegen die Regierung Berlusconi, die eine Bedrohung für die Demokratie Italiens und sogar Europas darstellt, mobilisieren. In den vergangenen Jahrzehnten führte ein ähnliches politisches Projekt, das in Italien entstanden war, zu einer maßlosen Tragödie. Die Mobilisierung der europäischen Öffentlichkeit ist notwendig, um die europäischen Regierungen dazu zu bewegen, etwas gegen die Bedrohungen der italienischen Demokratie zu unternehmen. Der Internationale Journalistenbund hat eine Petition an die EU über den „Fall Berlusconi" und die Pressefreiheit in Italien gestellt. Die Vereinigten Nationen werden eine Untersuchung über die Lage der Justiz in Italien, die sich stetig verschlechtert, durchführen.

Wir bitten unsere Kollegen um Unterstützung für diese und andere Initiativen, die wir in den nächsten Tagen durchführen werden."

Eine Gruppe von Professoren der Universität Florenz
Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Giovanna Campani:
campani@unifi.it

AUFRUF

Dokumentiert

Alexis de Tocquerville sagte, dass die Menschen in demokratischen Ländern nicht auf ein unabhängiges Rechtssystem und auf die Informationsfreiheit verzichten können.

Die Ereignisse der letzten Tage klingen allerdings wie ein Alarmsignal: das Verhältnis zwischen politischer Macht und Justiz ist derzeit einer gefährlichen institutionellen Verzerrung ausgesetzt. Niemals in der Geschichte der Italienischen Republik hat es so viele Richter gegeben, die um Ihre Unabhängigkeit fürchten. Darüber hinaus wird in weniger als einem Monat das gesamte Direktorium der RAI (Radio-Televisione Italiana) von der Regierung Berlusconi ausgetauscht. Berlusconi wird somit fast die gesamten Informationsmittel des Landes kontrollieren. Diese zwei Beispiele reichen schon aus, sich große Sorgen um die Zukunft der italienischen Demokratie zu machen.

Aber Justiz und Information sind keine Einzelfälle. Die Demokratie ist auch in anderen Bereichen unter Beschuss. Der offene Rassismus, von zumindest einem Teil der Regierung, wird durch das neue italienische Einwanderungsgesetz deutlich. Der Angriff auf die Rechte der Arbeiter macht leichte Kündigungen möglich. Die Schwächung der öffentlichen Schulen bedroht das wesentliche Recht auf Erkenntnis und Bildung. Während Angeklagte mit allen Mitteln ihre Prozesse vermeiden, wird die soziale Gerechtigkeit angegriffen und verhindert.

Wir rufen alle Bürger auf, gegen diesen Angriff auf die Demokratie ihre Stimme zu erheben. Bauen wir miteinander eine Opposition gegen diese Regierung auf.

Folgende Dozenten verschiedener Universitäten haben sich bisher unserer Kampagne angeschlossen: Bruno Accarino, Paolo Albani, Paolo Baldeschi, Laura Balbo, Luciano Barbi, Edi Bastianelli, Sergio Bernini, Luciana Brandi, Mario Caciagli, Salvatore Califano, Giovanna Campani, Franco Cambi, Andrea Cantini, Claudio Chiuderi, Mario Citroni, Vittore Collina, Marcello Colocci, Enzo Collotti, Maria Luisa Dalla Chiara, Claudio De Boni, Ornella De Zordo, Elena Del Panta, Donatella della Porta, Francesco Dessì, Tommaso Detti, Anna Di Biagio, Gianfranco Di Pietro, Mario Domenichelli, Franca Drago, Keir Elam, Roberto Falciani, Maria Fancelli, Antimo Farro, Siro Ferrone, Riccardo Francovich, Ivan Garofalo, Paul Ginsborg, Sergio Givone, Giovanni Gozzini, Patrizia Grimaldi, Mario Labate, Egidio Landi Degli Innocenti, Giuliana Laschi, Mirella Loda, Antonella Lucarelli, Alberto Magnaghi, Pierandrea Mandò, Paolo Marrassini, Marco Martiniello, Marco Massa, Liborio Mattina, Simonetta Monechi, Alessandro Moscadi, Massimo Mugnai, Emanuele Narducci, Giuseppe Nicoletti, Fiamma Nicolodi, Giancarlo Paba, Franco Pacini, Alessandro Pagnini, Marco Palla, Raffaele Paloscia, Maria Carla Papini, Francesco Pardi, Franca Pecchioli, Paolo Pecile, Franco Piperno, Alessandro Pizzorno, Annamaria Polvani, Enzo Pranzini, Riccardo Pratesi, Andrea Proto Pisani, Paola Pugliatti, Enrico Pugliese, Elena Pulcini, Gianpasquale Santomassimo, Ayse Saracgil, Aldo Schiavone, Alessandro Serpieri, Simonetta Soldani, Andrea Stefanini, Rita Svandrlik, Paola Tabet, Paolo Trovato, Gabriele Turi, Simonetta Ulivieri, Bruno Vecchio, Elisabetta Vezzosi, Stuart Woolf.

Hilfe für italienische Opfer gefordert

Die VVN-BdA hat an Hand kommunaler Aktenbestände den Nachweis angetreten, dass es sich bei den italienischen Militärinternierten von 1943 bis 1945 um zivile Zwangsarbeiter handelte, denen Entschädigung zusteht. Kopien von Unterlagen der 660 italienischen Zwangsarbeiter, die im Krieg in Lüdenscheider Betrieben arbeiten mussten, wurden jetzt der Bundesstiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' in Berlin übergeben. Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-Bund der Antifaschisten, sagte bei der Übergabe: „Sieben Prozent der Zwangsarbeiter aus Lüdenscheid waren ehemalige italienische Kriegsgefangene, wohlgemerkt ehemalige." Die Unterlagen aus dem Stadtarchiv Lüdenscheids belegen die Feststellung der Opferverbände, dass es sich auch bei den italienischen Zwangsarbeitern um Zivilarbeiter handelte, nicht aber um Kriegsgefangene, denen die Bundesstiftung jede Zahlung verweigert.

Ein weiteres Mitglied des Bundessprecherkreises der VVN-BdA, der Historiker Prof. Dr. Gerhard Fischer, erläutert, worum es bei dieser Verweigerung geht: „Die Bundesstiftung beruft sich bei ihrer ablehnenden Haltung in dieser Frage auf die Bundesregierung, diese stützt sich auf ein völkerrechtliches Gutachten von Prof. Tomuschat, demzufolge aus Unrechtshandlungen keine Rechtsansprüche hergeleitet werden können: Hitler hätte aus Kriegsgefangenen keine Zwangsarbeiter machen dürfen. Diese Rechtsauslegung ist nicht nur politisch moralisch unhaltbar, sondern im vorliegenden Fall sogar formaljuristisch anfechtbar. Wollte man ihr folgen, könnten z.B. gegen Straftäter keine Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. Außerdem gelten auch im Völkerrecht solche Rechtsgrundsätze wie die clausula rebus sic stantibus oder die normative Kraft des Faktischen – d.h. man hat von der realen Sachlage auszugehen, unabhängig davon, wie sie zustande kam."

Bei dem Informations- und Arbeitstreffen der Bundesstiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft' in Berlin führte Ulrich Sander aus: ‚Aus den hiermit übergebenen 660 Namen und Kurzbiographien von ehemaligen Zwangsarbeitern aus Italien geht eindeutig hervor, dass sie zum Zeitpunkt ihres Arbeitseinsatzes Zivilarbeiter und keine Kriegsgefangenen waren. Der Status Kriegsgefangener lag hinter ihnen, wie aus den Akten der Zwangsarbeiter aus Lüdenscheid hervorgeht. Dies wird in den in Lüdenscheid gefundenen Unterlagen – und ich bin sicher, in allen Städten Deutschlands lassen sich solche Unterlagen finden – ausdrücklich vermerkt. ‚Früherer Kriegsgefangener' oder ähnlich lautet die Eintragung in den Akten und Karteien. Die Zwangsarbeiter aus Italien waren in firmeneigenen Lagern untergebracht; auch dies ein Beleg für ihren zivilen Status."

Daraus ergebe sich die Frage nach der Zuständigkeit der Firmen. Wenn die Verantwortung für die Zwangsarbeiterentschädigung von den Firmen auf die Bundesstiftung und die Bundesrepublik übergegangen ist, die Bundesregierung aber die Zahlung mit der offenkundig unzutreffenden Behauptung verweigert, die italienischen Zwangsarbeiter wären immer Kriegsgefangene geblieben, so würden offenkundig die Firmen, für die die Italiener arbeiten mussten, wieder verpflichtet sein, den vorenthaltenen Lohn zu zahlen. Für die VVN-BdA ergibt sich vor allem die Frage: „Will die Regierung weiter an ihrem falschen und ungerechten Standpunkt festhalten? Wir bitten die Opferverbände und die Gewerkschaften, den italienischen Zwangsarbeitern Solidarität zu erweisen." Vorgeschlagen wird, Musterprozesse vor Verwaltungsgerichten gegen die Bundesrepublik Deutschland im Namen der italienischen Opfer anzustrengen oder vor Arbeitsgerichten gegen die Firmen zu klagen, um den Lohn für die Italiener zu erstreiten. *PM VVN-BdA* ■

Bundesregierung bestätigt türkische Auslieferungswünsche

BERLIN. Der türkische Innenminister Yücelen hat bei seinem jüngsten Treffen mit Schily im Dezember im Zusammenhang mit der Diskussion um eine Auslieferung des so genannten „Kalifen von Köln", Metin Kaplan, dem Bundesinnenminister eine Liste mit insgesamt 155 Personen übergeben, die an Ankara ausgeliefert werden sollen. Das hat die Bundesregierung jetzt auf Grund einer Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke bestätigt.

Auf der türkischen Liste befinden sich laut Bundesregierung offenbar vornehmlich kurdische Flüchtlinge und Exilpolitiker, die von der Türkei wegen angeblicher Mitgliedschaft in der PKK gesucht werden. Zu einer pauschalen Ablehnung solcher Massenauslieferungen an die Türkei scheint die Bundesregierung aus Rücksicht auf den NATO-Verbündeten in Ankara nicht bereit. „Jedes Auslieferungsersuchen wird einzelfallbezogen und sorgfältig geprüft", kündigt sie statt dessen in ihrer Antwort an.

Lediglich bei einer drohenden Todesstrafe soll keine Abschiebung stattfinden. „Nach Artikel 125 des türkischen Strafgesetzbuches wird Separatismus mit dem Tode bedroht. Da die Türkei bisher keine als ausreichend erachtete Zusicherung zur Nichtvollstreckung der Todesstrafe abgegeben hat, wird die Auslieferung in diesen Fällen ... abgelehnt."

Wie großzügig bei Auslieferungsersuchen trotz aller Menschenrechtsverletzungen in der Türkei verfahren wird, zeigt die Statistik solcher Verfahren in den letzten zehn Jahren. Danach hat die Türkei von 1992 bis 2001 insgesamt 186 förmliche Auslieferungsersuchen an Deutschland gestellt. In 75 Fällen wurde dem türkischen Auslieferungswunsch entsprochen, in 75 anderen Fällen wurde er abgelehnt. 36 Anträge sind noch nicht entschieden. Eine Aufschlüsselung dieser Verfahren auf politisch begründete Auslieferungsanträge und auf Kriminalitätsdelikte liefert die Bundesregierung nicht. Die 155 neuen Auslieferungswünsche, die von Ankara jetzt vorgebracht wurden, sind also fast genauso viele wie in den letzten zehn Jahren zusammen.

PM Ulla Jelpke ■

Daten und Fakten zur Ausländersituation

BERLIN. Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Marieluise Beck hat Mitte Februar die aktuelle Ausgabe der „Daten und Fakten zur Ausländersituation" vorgestellt. Die Statistiken geben einen Einblick in die derzeitige Lage der ausländischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik:

Ein Drittel lebt länger als zwanzig Jahre in Deutschland, über die Hälfte länger als zehn Jahre. Ein Viertel ist bereits in Deutschland geboren. Man kann sagen: Die meisten Ausländer sind längst Einheimische. Der im europäischen Vergleich hohe Ausländeranteil von 8,9% ist somit auch einer restriktiven Einbürgerungspraxis in der Vergangenheit geschuldet.

Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts ist auch die Zahl der Einbürgerungen gestiegen (um 30 % auf 187.000 im Jahr 2000). Einbürgerungen und die geringe Nettozuwanderung von lediglich 86.000 Ausländern führten im Jahr 2000 zu einem leichten Rückgang der Zahl der Ausländer in Deutschland um 0,6% bzw. 47 000 Personen. Ende 2000 betrug sie knapp 7, 3 Millionen.

Auch die Einführung des Geburtsrechtes veränderte die Statistik. Von den 91 000 in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern im Jahr 2000 hatten 50 000 nur die ausländische Staatsangehörigkeit, die übrigen erhielten auch einen deutschen Pass. Dies entspricht einem Rückgang des Ausländeranteils der in Deutschland geborenen Kinder von 12,4% auf 7 % gegenüber dem Vorjahr.

Die jährlich erscheinende Datensammlung liefert statistisches Material zur ausländischen Wohnbevölkerung in Deutschland, zu Wanderungsbewegungen, Einbürgerungen und zur Bildungs- und Beschäftigungssituation ausländischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik. Die Broschüre kann kostenlos bestellt werden bei der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, 11017 Berlin, oder per Fax 0228/ 5272760. Die Daten und Fakten sowie weiteres Material zur Ausländersituation gibt es auch unter der Internetadresse:

www.bundesauslaenderbeauftragte.de ■

Roma brauchen ein Bleiberecht

FRANKFURT. Roma leben in allen Ländern Europas. Obwohl sie eine gemeinsame Sprache mit vielen Dialekten sprechen, eine eigene Kultur haben, haben sie in ihrer fast tausendjährigen Geschichte nie ein eigenes Territorium beansprucht. Europa ist „ihr Land", sie sind in allen Ländern Europas „zu Hause". Viele von ihnen sind nirgendwo „Inländer", auch wenn sie einen Pass besitzen.

Es gibt nicht nur ein riesiges Spektrum von Vorurteilen gegenüber „Zigeunern": seit Jahrhunderten machen Roma die Erfahrung von Ausgrenzung, Ablehnung, Verfolgung und Vertreibung. So haben sie Überlebensstrategien entwickelt, die den Mehrheitsgesellschaften fremd oder sogar bedrohlich erscheinen. Akzeptanz und Verständnis für Roma aufzubauen braucht Zeit, kostet Geld und setzt politischen Willen voraus.

In den Bereichen von Gesundheit, Wohnen und vor allem Bildung ist die Situation der Roma in allen europäischen Ländern sehr schlecht, teilweise katastrophal. Mehr als die Hälfte hat keine Schulbildung.

Der Förderverein Roma e.V. in Frankfurt mit seiner Kindertagesstätte „Schaworalle" und einer Familienberatungsstelle ist eine Initiative, die in ihrer Art mindestens in Deutschland einmalig ist. Die Beratungsstelle des Fördervereins hat regen Zuspruch. Familien schicken ihre Kinder zum Lernen statt zum Betteln auf die Straße. Einige schaffen den Schritt in die Regelschule und bekommen auch Unterstützung von „Schaworalle" auf dem Weg in die Erwerbsarbeit.

Konkret droht zur Zeit die Abschiebung von zwei Familien. Fünf ihrer Kinder werden seit langer Zeit und erfolgreich von „Schaworalle" betreut.



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com



ARBEITER FOTOGRAFIE Info: www.arbeiterfotografie.com

Bei einer Kundgebung in Berlin am 5. Februar forderten Roma die Bundesregierung auf, die Abschiebungen zu stoppen und ihnen ein dauerhaftes Bleiberecht zu geben.

Auch die Stadt Frankfurt hat Verantwortung gegenüber den Kindern, die in der Kindertagesstätte lernen und leben. Die Stadt kann und soll auf die Ausländerpolitik Einfluss nehmen, damit die rumänischen Roma-Familien in Frankfurt bleiben können!

Roma brauchen sowohl ein Bleiberecht in Deutschland als auch Freizügigkeit in Europa.

Flugblatt vom 5.2.2002 des Förderverein Roma ■

Joachim Brenner vom 'Förderverein Roma' zur geplanten Abschiebung von Roma-Flüchtlingen

„Menschen, die zwar nicht als Asylsuchende nach Art. 16a GG oder ansonsten als Flüchtlinge anerkannt werden, aber Abschiebeschutz erhalten bzw. wegen fortdauernden Abschiebehindernissen in Deutschland bleiben werden, wollen wir einen Aufenthaltsstatus bieten, der ihnen eine Lebensplanung und -perspektive ermöglicht." Ein Eckpunkt der Süssmuth-Kommission, der auch für die Roma-Flüchtlinge aus Osteuropa nach Jahren der Ungewissheit endlich Sicherheit bedeuten könnte. Familien, die zum Teil bereits seit 1989 im Bundesgebiet leben, hätten durch die Absicherung des Aufenthalts die Möglichkeit, sich eine selbstbestimmte Lebensperspektive aufzubauen. Die Wirklichkeit sieht jedoch völlig anders aus. Die Situation der Roma-Flüchtlinge im Rhein-Main-Gebiet verdeutlicht das exemplarisch.

Die größte Gruppe, etwa 800 bis 1000 Personen, der in Frankfurt am Main und Umgebung lebenden Roma stammt aus Rumänien. Pogrome, soziale und ökonomische Not veranlasste die Menschen in den achtziger und neunziger Jahren in den Westen zu flüchten. Ihr Asylantrag wurde regelhaft abgelehnt, da der Informationsdienst des Auswärtigen Amtes stets darauf verwies, dass in Rumänien keine staatliche Verfolgung gegenüber Roma existiere. Anderslautende Berichte von Betroffenen, von Selbsthilfeverbänden oder von international renommierten Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie ai, UNHCR und helsinki watch waren in den Augen der Einzelentscheider und Richter das Papier nicht Wert, auf dem die nachweislichen Menschenrechtsverletzungen dokumentiert wurden. Als letzter Ausweg blieb den Familien die Ausbürgerung aus der rumänischen Staatsbürgerschaft, um als Staatenlose der Abschiebung zu entgehen.

1992 schloss die Bundesregierung mit Rumänien einen Rückübernahmevertrag ab. Die zwischenzeitlich bewerkstelligten Aktualisierungen der Vereinbarung zeigen nunmehr praktischen Erfolg. In einem ersten Schritt wurde mit Geld und Druck die Ausreise in den Westen erschwert und Technik und Logistik der rumänischen Grenzbehörden verbessert. Ein zweiter Schritt erleichterte die Identifikation; d. h. das Zeugnis eines unbeteiligten Dritten reichte aus, um Roma aus Rumänien bereits an der deutschen Grenze zurückweisen zu können. Die nächste Stufe bewirkte, dass denjenigen, denen die Flucht gelang und die sich in der Bundesrepublik aufhielten, die Rechtmäßigkeit der Ausbürgerung abgesprochen wurde. ...

Viele Familien erhalten nach den neuen Richtlinien eine Duldung, also die Aussetzung der Abschiebung oder eine Grenzübertrittsbescheinigung, ein Dokument, das die Roma auffordert, innerhalb einer bestimmten Frist freiwillig das Land zu verlassen. Die Personen sind nach jahrelanger Unsicherheit nun an einem Punkt angekommen, an dem der Begriff Perspektive keine Bedeutung mehr hat.

Eine letzte Vereinbarung zwischen Innenminister Schily und seinem rumänischen Amtskollegen vom Mai diesen Jahres hat zur Zielsetzung, dass auch die rechtmäßig ausgebürgerten staatenlosen Roma von Rumänien zurückgenommen werden, da die Ausbürgerung nach hiesiger Einschätzung angeblich gegen geltendes Völkerrecht verstoßen hätte. Eine Behauptung, die zumindest was die Ausbürgerungen bis Mitte der 90er Jahre anbetrifft, verwaltungsgerichtlich keinen Bestand hat.

Darüber hinaus ist die Rede davon, dass auch Roma, die sich rechtmäßig in Deutschland aufhalten, allerdings illegal eingereist sind, straffällig wurden oder ohne Erlaubnis arbeiten, „rückgeführt" werden können. Die Inaussichtstellung EU-Land zu werden, die Zahlungen von Beträgen zwischen 60 und 100 Millionen DM seit Anfang der 90er Jahre öffnet auch in Rumänien Tür und Tor für politische und rechtliche Willkür gegenüber Roma.

Ein Aufbäumen der demokratischen Öffentlichkeit hierzulande ist nicht zu verzeichnen. Im Gegenteil, Pressekampagnen der Roma-Verbände und Proteste der Betroffenen werden mehrheitlich ignoriert. ...

Nach aktuellen Angaben steht zu befürchten, dass in den nächsten beiden Jahren allein im Frankfurter Raum zwischen 200 und 600 Roma aus Rumänien abgeschoben werden. Dabei handelt es sich um Kinder, deren Sprache romanes und deutsch und nicht rumänisch ist, um Kinder, die hier geboren sind; es handelt sich um Erwachsene, bei denen die Erinnerung an Verfolgung, Diskriminierung und Perspektivlosigkeit wach ist; es handelt sich um Alte und Kranke, deren Versorgung in Rumänien nicht gewährleistet ist. Ein Petitionsverfahren, das der Förderverein Roma zur Zeit betreibt, verdeutlicht die schwierige Lage der Familien. Ein junger Mann, Herr M., ist im Jahr 1991 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Seine Tochter wurde 1991 in Offenbach geboren. Die Mutter der Tochter reiste kurz nach der Geburt aus. Außer der Geburtsanzeige besitzt die Tochter keine Papiere. ... Herr M. war aufgrund einer gültigen Ausbürgerungsurkunde im Besitz einer Aufenthaltsbefugnis mit dem Vermerk staatenlos. ... Vor allem die Entwicklung der Tochter in persönlicher und schulischer Hinsicht wäre mit einer Ausweisung ihres Vaters bedroht. ■

„Die globale Bedrohung": Gewaltiges Zerstörungspotenzial in rechter Hand

Dass Bücher über terroristische Gewalt zurzeit weggehen wie warme Semmeln, wird vor dem Hintergrund der Anschläge in den USA und dem Krieg in Afghanistan niemanden überraschen. Von besonderer Qualität sind dabei die Dokumentationen, die nicht ausschließlich um den Terror kreisen, der – zumindest vorgeschoben – mit dem Islam zu tun hat. Das nun in aktualisierter Taschenbuchauflage erschienene Werk „Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus –" wendet sich neben dem Islamismus anderen Facetten der Terror-Problematik zu. Es stammt von dem bekannten Historiker Walter Laquer, dem Vorsitzenden des International Research Council im Washingtoner Center for Strategic and International Studies. Lange Jahre amtierte der 80-Jährige außerdem als Direktor des renommierten Londoner Institute of Contemporary History and Wiener Library.

Laquer gibt in seinem Buch in Sachen Terrorismus keinerlei Entwarnung, im Gegenteil: „Das Ärgernis von gestern ist zu einer der größten Gefahren für die Menschheit geworden. Zum ersten Mal in der Geschichte liegt ein gewaltiges Zerstörungspotenzial in den Händen einiger weniger Personen." Um Vernichtung über viele Menschen zu bringen, bedürfe es vor dem Hintergrund der großen Fortschritte in Wissenschaft und Technologie keiner Täter-Massen mehr. Kleine Gruppen von Fanatikern oder sogar hinreichend motivierte beziehungsweise geistig verwirrte Einzelkämpfer reichten aus, und in dieser Hinsicht hat die rechtsextremistische Szene ebenfalls einiges zu bieten. Verschärfend hinzu kommt aus der Sicht des Autors eine steigende Skrupel- und Erbarmungslosigkeit sowie eine zunehmende Verschmelzung mit dem organisierten Verbrechen. Laquer konstatiert in „Die globale Bedrohung" einen allgemeinen Trend vom politisch links motivierten zum rechten Terrorismus und sieht in den Vereinigten Staaten zahlreiche Belege für seine These. Die vor allem in Montana und in Michigan stark vertretenen Milizen üben fleißig den Krieg gegen die verhasste und „verjudete" Zentralregierung in Washington und deren Repräsentanten vor Ort. Dabei sind sie auch biologischen Kampfstoffen durchaus zugetan. So wurden bereits 1994 bei Razzien große Giftvorräte entdeckt, darunter Beulenpestkulturen. Und ein Jahr später standen US-Rechtsextremisten vor Gericht, weil sie Bundesbeamte und Polizisten mit Hilfe des biologischen Kampfstoffes Rizin ermorden wollten. Kaum anzunehmen, dass das Interesse für diese Art der Todesproduktion seitdem erloschen sein wird. In den USA wurden erst in jüngster Zeit mehr als 200 Abtreibungskliniken von der rechtsextremistischen Gruppierung „Army of God" mit Milzbranderregern bedroht.

Laquer bescheibt in seinem Buch den großen Hass der Milizionäre und der geistig verwandten „Patrioten" auf Juden, Demokraten und andere Feinde. Und er betont die Verankerung dieser gefährlichen Kräfte in der US-amerikanischen Gesellschaft. Walter Laquer wörtlich: „Es gibt ein erhebliches Potenzial an ‚zornigen Menschen' in denjenigen Staaten, in denen die Milizen Anhänger gefunden haben, ein Reservoir für eine Protestbewegung, doch auch für terroristische Aktion. Die Trennungslinie zwischen vernünftigen, berechtigten Beschwerden und irrsinnigen Ideen und Forderungen ist verschwommen, und der Besucher mancher Waffengeschäfte wird neben Exemplaren der amerikanischen Verfassung und neben juristischen Handbüchern auch eine völlig andere Literatur finden." Mit Blick auf die Situation in Europa und speziell in Deutschland warnt der Terrorismus-Experte eindringlich davor, dass die Jugendarbeitslosigkeit und andere soziale Probleme zu noch stärkerer Verzweiflung und Aggression führen könnten – „und irgendwie ein Ventil finden". Gleichzeitig werde man viel leichter Zugang zu Waffen einer anderen Kategorie als die der Molotow-Cocktails erhalten. Walter Laquer: „Hier, nicht in den Nadelstichen der Vergangenheit, liegt die wahre Gefahr."

Die terroristische Bedrohung manifestiert sich für den Verfasser nicht nur auf dem Gebiet der atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Auch der Cyberterrorismus, der Computersysteme angreift und ganze gesellschaftliche Bereiche lahm legen könnte, sei eine „potentielle neue Strategie ..., die genau so ernst genommen werden sollte wie andere Massenvernichtungsmittel". Bekanntlich haben auch Rechtsextremisten längst die Möglichkeiten der Computertechnik und des Internets für sich und ihre Zwecke entdeckt.

Das beunruhigende Fazit von Walter Laquer: Es sei wahrscheinlicher, dass es Rechtsextremisten und keine Linken seien, die in Zukunft Massenvernichtungsmittel erwerben und einsetzen werden. Der Wissenschaftler räumt ein: „Diese These mag im Licht der historischen Erfahrung zweifelhaft erscheinen, doch in den letzten Jahren haben rechtsextreme Organisationen mehr Versuche als alle anderen Gruppen unternommen, tödliche Substanzen für die Waffenherstellung zu erlangen."

Walter Laquer hat ein packendes und flüssig lesbares Buch geschrieben. Es kommt ohne Schachtelsätze und wissenschaftliche Aufplusterungen aus – für einen Historiker keine Selbstverständlichkeit. Gelegentlich tauchen allerdings Formulierungen auf, die zwar auf den ersten Blick unter Umständen erheitern können, aber auf den zweiten kontraproduktiv wirken. Denn sie untergraben den ernsthaften und glaubwürdigen Charakter des Buches. Ein besonders abschreckendes Beispiel: „Wer sich in den achtziger oder neunziger Jahren Banden rechter Terroristen aus nächster Nähe oder auf dem Fernsehschirm in Aktion anschaute, musste den Eindruck gewinnen, dass diese ungewöhnlich abstoßenden Gestalten nichts mit einer Elite gemein hatten, sondern eher einem außer Rand und Band geratenen jugendlichen Fußballpublikum mit einem erheblichen Anteil Arbeitsloser glichen." Was soll das?!

Thomas Klaus ■

Walter Laquer, Die globale Bedrohung – Neue Gefahren des Terrorismus –, Econ-Taschenbuchverlag, 17,50 Mark/8,95 Euro, ISBN 3-548-70089-6

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen 1993 bis 2001

Dokumentation, 9. aktualisierte Auflage

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend. Sie fanden hier den Tod.
Die Chronik umfasst Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor, während und nach Abschiebungen.

Sie umfasst auch Berichte über Fluchtversuche, die deutlich machen, welche lebensbedrohlichen Bedingungen Flüchtlinge auf sich nehmen müssen, um heute in die BRD zu gelangen. Fluchtver suche, die oft nur durch Zufall nicht tödlich für die Flüchtlinge endeten.

Sie umfasst Angriffe und Anschläge auf Flüchtlingssammellager.
Behandelt wird der Zeitraum vom 1.1.1993 bis 31.12.2001:

130 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 100 an den deutschen Ost-Grenzen,
343 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 209 an den deutschen Ost-Grenzen,
99 Flüchtlinge töteten sich angesichts ihrer drohenden Abschiebung oder starben bei dem Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen; davon 45 Menschen in Abschiebehaft,
338 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen; davon befanden sich 227 Menschen in Abschiebehaft,
5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
171 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Misshandlungen während der Abschiebung verletzt,
16 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode und mindestens
321 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert,
46 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
11 Flüchtlinge starben bei abschiebeunabhängigen Polizeimaßnahmen;
230 wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt.
58 Menschen starben bei Bränden in Flüchtlingsunterkünften,
511 Flüchtlinge wurden z.T. erheblich verletzt,
11 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.



Ein Fazit: Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen mehr Flüchtlinge ums Leben (261 Flüchtlinge) als durch rassistische Übergriffe (69 Flüchtlinge).

Die Dokumentation ist auf Papier (DIN A4 - 216 Seiten, Ringbindung) und demnächst auf CD-Rom erhältlich zum Preis von 9,00 Euro (bei Versand: plus 1,60 Euro für Porto & Verpackung); im Netz ab Februar unter der Adresse: ***www.berlinet.de/ari***

Interessierte können einzelne Themen auf Papier oder als Datei bei ARI anfordern (z.B. Tote und Verletzte an den Grenzen, Selbsttötungen, Misshandlungen auf Flughäfen, kurdische Flüchtlinge u.a.m.).

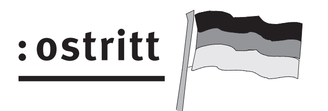
Antirassistische Initiative e.V. , Yorckstr. 59, 10965 Berlin, Fon 030 - 7857281, Fax 030 - 7869984, eMail: ari@ipn.de, Internet: www.berlinet.de/ari

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Postfach 260 226, 50515 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach

Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (MdB Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke, (MdB PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.



Verräterisches Katz- und-Maus-Spiel des BdV

Der parteilose Abgeordnete und innenpolitische Sprecher der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag, Dr. Roland Hahnemann, hat den Umgang der Landesregierung mit dem Thüringer Vertriebenenverband (BdV) scharf kritisiert: „Die Landesregierung darf das Katz- und-Maus-Spiel nicht länger mitmachen", fordert Hahnemann.

„Die Landesregierung sollte sich ein Beispiel an der Konsequenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nehmen. Jedes Jonglieren und Handeln mit der Spitze des Verbandes erneuert nur die hinlänglich bekannten peinlichen politischen Sympathien der Landesregierung für den BdV und dessen breite Unterstützung und Gefolgschaft für und zu Latussek", betonte Hahnemann.

Wer so inkonsequent mit der Affäre Latussek umgehe wie diejenigen verantwortlichen Politiker, die ihn bisher hofiert haben, jetzt aber fallen zu lassen bereit seien, der setze sich und andere dem Verdacht aus, es ginge am Ende um eine Lappalie, die mit einem Rücktritt bereinigt sei, und alles hätte mit dem BdV als Ganzes nichts zu tun, so Hahnemann weiter. Hahnemann fordert eine kritische Überprüfung der Politik des BdV insgesamt:

„Dem Landesverband und seinen Kreisstrukturen darf eine klare Distanzierung von Latusseks Arnstädter Äußerungen nicht erlassen werden. Schließlich waren es die Mitglieder, die Latussek mit überwältigender Mehrheit gewählt und ihm auch später die Treue gehalten haben", erinnerte Hahnemann auch mit Blick auf die Verzögerungstaktik des BdV bei der Neuwahl eines Vorsitzenden, über die die Medien berichtet hatten.

Der PDS-Landtagsabgeordnete Dittes hatte in einer aktuellen Stunde vor einigen Wochen die Einstellung aller finanzellen Förderung gefordert:

„Mit der Erklärung von Herrn Latussek … am gestrigen Tag wird deutlich, es war ein taktischer Rückzug, um den finanziellen Fortbestand zu sichern und ich möchte Sie warnen, auf diesen taktischen Rückzug mit der Wiederverfügbarkeit der institutionellen Förderung zu reagieren, ohne die notwendigerweise inhaltliche und politische Aufarbeitung der Position des BdV einzufordern und eben auch parlamentarisch zu begleiten."

nach PM Dr. Roland Hahnemann
– jöd ■

Anschreiben gegen Stoiber

Nation & Europa 2-2002

Mit der Nominierung des bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber, der den reaktionärsten Flügel der Christdemokraten repräsentiert, haben die Vertreter der Parteien und Gruppen die sich noch weiter rechts verorten, ein großes Problem: Egal ob NPD, DVU, Republikaner – Stoiber nimmt ihnen Wählerstimmen weg, spricht er doch die gleichen Ressentiments an wie sie. Da heißt es beizeiten gegenhalten.

„Anderer Kanzler, gleiche Politik?" wird deshalb auf der Titelseite des Februarheftes von „Nation & Europa" gefragt. Die nicht allzu überraschende Antwort gibt *Harald Neubauer* bereits im Editorial: Stoiber und seinesgleichen verstehen unter ‚konservativ' das Konservieren rot-grüner Hinterlassenschaften. Die Union ist heruntergekommen zu einer ‚SPD-light'...Gleichwohl hat Stoibers Nominierung wieder einmal Hoffnungen geweckt. Die Illusion des ‚kleineren Übels' war schon des öfteren der Union beste Wahlkampfhilfe.... Zu diesem Zweck läuft seit Jahrzehnten eine gerissene Doppelstrategie: patriotische Töne in Bierzelten und auf Vertriebenentreffen, in der praktischen Politik aber der gleiche Ausverkauf deutscher Interessen, wie man ihn von Rot-Grün hinlänglich kennt".

Eine neue Antwort auf die Frage nach den Verantwortlichen für das Scheitern der Weimarer Republik gibt *Klaus Hansen*. Seiner Ansicht nach war es nicht die NSPAP, die diesem Staat den Todesstoß versetzte, sondern die Politiker, die die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung bestimmten: „Bei den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates handelte es sich um genau jene Politiker, die schon die Weimarer Demokratie ruiniert hatten. Sie waren fest entschlossen, ihre ‚zweite Chance' zu nutzen. Mit den Siegern im Rücken, schneiderten sie sich ein Herrschaftssystem nach Maß, darauf ausgerichtet, keine Konkurrenz aufkommen zu lassen".

Karl Richter zufolge ist die „Frankfurter Schule" verantwortlich für ein „Volk ohne Bildung": „Es ist alles andere als ein Zufall, daß der deutsche Bildungsabsturz unter tatkräftiger Mitwirkung einer aus den USA importierten Afterphilosophie geschah, der ‚Frankfurter Schule'... Die Umerzieher der Nachkriegsdeutschen – Habermas, Horkheimer, Adorno und wie sie alle heißen – erhielten ihre ‚briefings' ausnahmlos in den USA." Und wer in den USA hatte ein Interesse an dieser „Afterphilosophie"? „Allein zwischen 1902 und 1930 flossen nach heutigem Umrechnungskurs etwa zwei Milliarden US-Dollar an Rockefeller-Mitteln in das Erziehungswesen der USA – wobei die geldigen (so im Original, tri) Sponsoren so frei waren, die Inhalte gleich mitzuspenden. In erster Linie handelte es sich dabei um einen pseudo-humanistischen ‚Werte'kanon, den Dogmen der späteren ‚Frankfurter Schule' nicht unähnlich, für die ein drittklassiger Modephilosoph namens John Dewey verantwortlich zeichnete, ein Propagandist der libertären, ‚offenen Gesellschaft' wie später etwa Karl Popper". Da fehlt aber doch noch etwas? „Bezeichnenderweise organisierte Dewey in den dreißiger Jahren das sowjetische Erziehungssystem". Aber welches Interesse hatte Rockefeller an einem „drittklassigen Modephilosophen" und seinen Bildungsideen? „Ein weltweit genormter, in seinen Bedürfnissen standardisierter Konsumentenbrei ist viel bequemer zu handhaben als der natürlich gewachsene Flickenteppich der Völker, Stämme und Regionen. Liegen hier die Wurzeln unseres Bildungsdesasters?" Fassen wir zusammen: Schuld an der Bildungsmisere sind Rockefeller, amerikanische Liberale, die Frankfurter Schule und irgendwie auch die Sowjetunion – viel hat sich an der Ideologie der Neonazis nach 1945 nicht geändert.

Und so liest sich der braune Ungeist ohne jegliche Verstellung: „Ich bin gegen den Euro. Es ärgert mich, daß wir eine gute nationale Währung gegen Esperantogeld tauschen müssen. Mich tröstet aber eins: Wir sind wieder ein Großdeutschland. Die Grenzen sind gefallen durch das gemeinsame Geld. Das bedeutet: Deutschland, Österreich, Südtirol, Elsaß gehören wieder zusammen. Kann man sich mehr wünschen? Der Satz des Deutschlandliedes ‚Von der Etsch bis an den Belt' gilt wieder. Der andere wird auch noch Gültigkeit bekommen. Lieber Polen und Tschechen als Moslemmenschen. Das ist die große Sorge der Engländer. Leider haben es unsere ‚Nationalen' noch nicht begriffen. Zum Glück auch die Antinationalen nicht. *Johann Mathe*, Bachhagel". *tri* ■

Schill-Partei jetzt unkorrekt?

Junge Freiheit Nr. 8/2002 vom 15.2.2002

Chefredakteur *Dieter Stein* hat Bedenken, die bislang vom Blatt hochgelobte Partei der rechtsstaatlichen Offensive des Hamburger Richters und jetzigen Innensenators Roland Schill weiter zu unterstützen: „Schill ist in aller Munde. ... Zweifelhaftes Licht fällt auch durch den Magdeburger Spitzenkandidaten Marseille auf die junge Partei. Sicher ist es ihm nicht vorzuwerfen, dass er ein erfolgreicher Unternehmer ist. Im Gegenteil: Der Eindruck, dass sich jemand persönliche Vorteile durch sein politisches Engagement erkaufen will, konnte bislang aber nicht überzeugend entkräftet werden. Die Schill-Partei will gegen Filz, Korruption und für den Rechtsstaat eintreten. Das ist in letzter Zeit nicht mehr so deutlich geworden. Statt dessen regiert das große Geld? Es wäre eine erneute herbe Enttäuschung für idealistische Bürger."

Wer ist Ausländer?

Junge Freiheit Nr. 9/2002 vom 22.2. 2002

Das Blatt hatte bereits in der letzten Ausgabe über einen Bielefelder Bevölkerungswissenschaftler *Herwig Birg* berichtet, der Kanzlerkandidat Stoiber ein Gutachten zur Ausländerpolitik erstellt habe. Birg macht Kosten-/Nutzenrechnungen auf, wonach der Immigrant der ersten Generation den Staat mehr koste als er an Steuern und Abgaben einbringe. Bisher haben solche Modellrechnungen das Gegenteil bewiesen. Hauptanliegen des Blattes und des „Bevölkerungswissenschaftlers" ist jedoch, die eingebürgerten MigrantInnen als „nichtdeutsch" zu kennzeichnen.

Wir werden esbald mit abenteuerlichen Spekulationen über den Migrantenanteil in Deutschland zu tun haben. Wie lange muss jemand die hiesige Staatsangehörigkeit haben, um als vollwertiger Bürger zu gelten? *uld* ■